

Ein Streckennetz, das die ganze Welt umspannt.  
Mit täglichen Verbindungen ab Buenos Aires.



Lufthansa

# Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 18. Juni 2005

116. Jahrgang Nr. 31.515



Alles für diesen Moment.



Lufthansa

## Historische Entscheidung

### Schlusspunktgesetz und das Gesetz über Befehlsnotstand aufgehoben

Buenos Aires (AT/AG) - Mit sieben positiven Stimmen gegen eine negative bei einer Enthaltung stimmte der Oberste Gerichtshof am Dienstag für die Aufhebung des Schlusspunktgesetzes und des Gesetzes über den Befehlsnotstand. Die beiden von Ex-Präsident Raúl Alfonsín verabschiedeten Gesetze hatten den Gerichtsverfahren gegen die Militärs der Diktaturzeit ein Ende gesetzt und die Offiziere niedriger Ränge von der Verantwortung befreit. Wie bereits erwartet erklärte die höchste richterliche Instanz die aus den Jahren 1986 und 1987 stammenden Gesetze für verfassungswidrig. Damit werden in der nächsten Zeit hunderte Verfahren gegen Ex-Militärs wiedereröffnet sowie neue Ermittlungen

eingeleitet.

Die Delikte wie Entführung, Folter und Mord sowie die illegale Aneignung der minderjährigen Kinder seien Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die nach internationalem Recht nicht verjähren, erklärte der Oberste Gerichtshof. Der Präzedenzfall von Ex-Polizeioffizier Julio Simón, dem das „Verschwinden“ des Ehepaars Poblete und die Übernahme ihrer Tochter Claudia zu Lasten gelegt wurde, diente dafür, die Gesetze samt ihrer rückwirkenden Kraft für ungültig zu erklären. Die Militärs, die von den betreffenden Gesetzen profitiert hatten, würden sich auch nicht auf den Schutz juristischer Prinzipien berufen können, legte das Gerichtsurteil fest. Für sie gilt nicht, dass ein stren-

geres Gesetz rückwirkend nicht angewendet werden darf, wie auch nicht, dass man für dieselbe Straftat nicht zweimal bestraft werden kann.

Die Organisationen „Mütter der Plaza de Mayo“ und „Großmütter der Plaza de Mayo“, die die Angehörigen der Diktaturopfer vereinen, feierten den Beschluss des Obersten Gerichtshofes. „Das ist nicht nur unser Triumph, sondern der Triumph der ganzen argentinischen Gesellschaft“, erklärte Estela Carlotta, Vorsitzende der „Großmütter“. Nora Cortiñas, Vorsitzende der „Mütter“, freute sich: „Nach zwanzig Jahren Kampf und Warten sind wir endlich zufrieden-gestellt“.

Die Regierung und Menschenrechtsorganisationen sind sich im

Moment noch nicht im klaren, wie viele Ex-Militärs durch das neue Urteil betroffen sind. Verteidigungsminister José Pampuro schätzte, zwischen 500 und 1000 noch aktive oder Ex-Offiziere würden vor Gericht antreten müssen. Menschenrechtsorganisationen hingegen gehen von mehreren Tausenden aus. Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass der Oberste Gerichtshof als nächstes die Begnadigungen von Ex-Präsident Carlos Menem aufhebt, die 289 Militärs und Zivilisten, darunter Ex-Kommandant Jorge Rafael Videla, auf freien Fuß setzen. „Es kann nicht sein, dass die Unteroffiziere bestraft werden und die höchsten Ränge frei bleiben“, sagte Heereskommandeur, General Roberto Bendini.

## Streit ohne Annäherung

### Kein Konsens zwischen Argentinien und Malwineninseln

Buenos Aires (AT/AG) - Die von Argentinien vor den UN vorgetragene Forderung, Großbritannien solle Verhandlungen wegen der Malwineninseln aufnehmen, fand auch dieses Jahr Anklang. Die Kommission für besondere politische Fragen und Entkolonisierung nahm am Mittwoch die Resolution an, in der die Regierungen in Buenos Aires und London dazu angehalten werden, im Dialog zu einer friedlichen Lösung des Konflikts wegen der Hoheitsrechte über die Malwineninseln zu kommen. Die jährlich tagende Kommission bestätigte damit für ein weiteres Jahr die Interessen Argentiniens. Doch war die Sitzung dieses Jahr wie noch nie angespannt.

Während des Vortrags von Außenminister Rafael Bielsa kam es zu einer harten Konfrontation mit dem Vertreter des Legislativrats der Malwinen, John Birmingham. „Mit ihrer Verhaltensweise den Malwineninseln gegenüber entblößt sich die argentinische Regierung vor immer mehr Ländern als Raufbold und zeigt, dass sie die Realität des 21. Jahrhunderts verkennt“, sagte Birmingham. Sein Kollege, Stephen Luxton, ergänzte: „Auch wenn Argentinien heute von einer demokratischen Regierung geführt wird, hat sich seine Haltung meinem Land gegenüber seit der Militärdiktatur von 1982 nicht wesentlich verändert.“

Bielsa reagierte darauf ungehalten: „Das ist Mangel an Respekt, den ich nicht so stehen lassen kann.“ „Ich verstehe nicht, wie man sich trauen kann, die heutige Regierung mit der Junta zu vergleichen“, sagte er nach der Sitzung vor Journalisten.

Während seines Vortrags missbilligte Bielsa die einseitigen Unternehmungen Großbritanniens. Dazu gehören Erdölsondierung, Lizenzerteilung für Erforschung und Abbau von Bodenschätzen, Verkauf von Fischereili-

zenzen und die Fischereipolitik im südlichen Atlantik. Bielsa protestierte weiterhin gegen den Einschluss der Malwineninseln sowie Südgeorgiens und der Sandwich-Inseln in den Geltungsbereich der geplanten EU-Verfassung. Darüber hinaus wies er darauf hin, dass die Art und Weise, wie Großbritannien den Tag des Kriegsendes begeht, in Argentinien mit „Schmerz und Ablehnung“ aufgenommen werde.

Die Regierungsvertreter der Malwinen bestanden hingegen auf ihr Selbstbestimmungsrecht und kritisierten mit scharfen Worten die Einstellung der Charter-Flüge der Fluggesellschaft LAN-Chile, der seit Ende 2003 keine Genehmigung mehr erteilt wird, das argentinische Territorium zu überfliegen. „Das ist eine unrechtmäßige wirtschaftliche Sanktion“, kritisierte Luxton die Reaktion der Regierung von Präsident Néstor Kirchner auf die Verweigerung der Erlaubnis für argentinische Fluggesellschaften, die Inseln anzufliegen.



CD Rom / Touch-Screen  
Web / Video Digital  
3D / Animaciones

(5411)4703-5509

www.multimedia.com.ar

# Erziehung zum Verbrecher

## Über die Hälfte der Jugendlichen in den Strafanstalten sind keine Straftäter

Buenos Aires (AT/AG) - In der Kinderstrafanstalt Almafuerite in der Hauptstadt der Provinz Buenos Aires, La Plata, rebellierten am Montag zwölf Jugendliche. Mit selbstgemachten Messern bewaffnet, nahmen sie vier Erzieher und einen dort untergebrachten Minderjährigen als Geiseln und hielten sie über drei Stunden fest. Die Meuterer verlangten, in eine andere Anstalt verlegt zu werden. Nach dem Eingreifen der Polizei ergaben sich die Jugendlichen, unter denen sich drei befanden, die bereits älter als 18 sind und in einer anderen Einrichtung beherbergt werden müssten.

Das sogenannte Minderjährigengestalt Almafuerite ist eine der insgesamt 27 Kinderstrafanstalten in der Provinz Buenos Aires. Lediglich vier von zehn Kindern und Jugendlichen, die

dorthin überwiesen werden, haben eine Straftat begangen. Der Rest wird aufgenommen, weil die Familie nicht in der Lage ist, ihrer Sorgepflicht nachzukommen, oder weil sie selber Opfer der Gewalt geworden sind.

Wie alle Strafanstalten des Landes sind auch diese Einrichtungen überbelegt. Auch hier stößt man täglich auf die gleichen Probleme wie Mangel an geeignetem Personal, unzureichende Sicherheitsvorkehrungen und defekte sanitäre Anlagen. Die Jugendrichterin aus Lomas de Zamora, Provinz Buenos Aires, Marta Pascual erklärte: „Von zehn erwachsenen Straftätern hatten acht mit den Straf- und Erziehungsanstalten für Kinder und Jugendliche zu tun.“ „Die schlimmste Familie ist besser als die beste Straf- und Erziehungseinrichtung“, beklagte die

Richterin den Zustand der Anstalten, in denen die Kinder zu Straftätern erzogen werden.

Im Jahre 1990 hatte Argentinien die Konvention der Rechte des Kindes unterschrieben, die vier Jahre später in der Verfassung Berücksichtigung fand. Usus ist jedoch nach wie vor, das sogenannte Patronatsgesetz anzuwenden, das 1919 verabschiedet worden war und den Richtern erlaubte, die Minderjährigen, die sich in einer „physischen oder moralischen“ Risikosituation befanden, zu internieren. Das Gesetz unterschied nicht zwischen den Tätern und Opfern und sorgte lediglich für den Schutz der minderjährigen Person. Das argentinische Jugendrecht, das seit Anfang des 20. Jahrhunderts unverändert in Kraft ist und dessen neueste Gesetze aus der Diktatur-

zeit stammen, gilt als veraltet. Argentinien ist das einzige lateinamerikanische Land, das trotz der UN-Konvention eine lebenslange Haft für Minderjährige vorsieht. Das antiquierte Patronatsgesetz soll nun in Kürze aufgehoben werden. In den 27 Kinderstrafanstalten der Provinz werden rund 600 Kinder und Jugendliche untergebracht. Daneben gibt es 32 Erziehungsanstalten mit insgesamt 863 Zöglingen. Weiterhin werden 4450 Minderjährige mit Hilfe von Stipendien von verschiedenen regierungsunabhängigen Organisationen betreut, knapp 2000 halten sich in Tagesstätten und 469 in vertraglich verpflichteten Haushalten auf. Für Kinder mit psychischen Störungen sowie für Behinderte hat die Provinz weitere 900 Plätze zur Verfügung.

## Pulverfass Bolivien

Die politische Krise Boliviens wurde zum vergangenen Wochenende nach drei Wochen vorübergehend beigelegt. Nach pausenlosen Aufmärschen in La Paz und der Nachbarstadt El Alto sowie zuletzt nach Besetzungen der Gasfelder im Südosten des Landes demissionierten nacheinander Präsident Carlos Mesa und die Vorsitzenden des Senats sowie der Deputiertenkammer, die die Nachfolge antreten sollten. Zuletzt übernahm der Präsident des Obersten Gerichtshofes, Enrique Rodríguez, die Exekutive im gebeutelten Nachbarland. Neuwahlen für Präsident und Vizepräsident werden demnächst einberufen werden, möglicherweise gegen Jahresende. Ob der Kongress sich auch auflöst, um neu bestellt zu werden, bleibt abzuwarten.

In der politischen Krise Boliviens ging es nicht nur um die Macht im Staat, in deren Mittelpunkt der Präsident steht. Dieses Mal revoltierten Sprecher der einheimischen Bevölkerung der Aymara und Quechua, die insbesondere im Hochland, die Mehrheit darstellen. Die soziale Position der indianischen Bevölkerung ist in Bolivien ebenso wie in Peru und Ecuador nahezu identisch mit den Armen. Bolivien ist reich an natürlichen Ressourcen, aber verteilt diesen Reichtum ungleichmässig. In der Folge ist der Staat ebenso arm und kann die Sozialgesetzgebung, wie sie seit über hundert Jahren in Europa und Amerika entwickelt worden ist, nicht zur Linderung der Armut umsetzen.

Bolivien schaut zudem auf eine im Vergleich zu anderen Ländern der Region besonders gewalttätige Geschichte zurück. Die einheimische Inkabevölkerung verursachte gegen Ende der spanischen Herrschaft einen Aufstand, der blutig niedergeschlagen wurde. Das Land entstand als Abtrennung von Argentinien, zu dessen Unabhängigkeit am 9. Juli 1816 auch Vertreter späterer bolivianischer Provinzen beitrugen. In Grenzkriegen mit Chile (1879), zusammen mit Peru, ging es um Guano und Salpeter als Düngemittel, im Acre-Krieg (1899-1903) um Kautschuk. Bolivien verlor in beiden Kriegen gegen Chile bzw. Brasilien den Zugang zum Pazifik bzw. 190.000 m<sup>2</sup>. Der Chacokrieg (1932-1938) mit Paraguay drehte sich um Erdöl.

Die Verstaatlichung als politischer Ausweg wurde mehrmals besprochen. Das Erdöl wurde verstaatlicht und später wieder in private Hände entlassen, deren zunehmende Förderung, insbesondere kraft bedeutender Gasreserven, den Konflikt neuerdings wieder anheizten. Auch die traditionellen Zinnminen wurden vor über 50 Jahren verstaatlicht, was zum Niedergang der Produktion führte.

Die jüngsten Kundgebungen und Aufmärsche, die in La Paz und Umgebung zum Stillstand und beachtlichen wirtschaftlichen Verlusten mit Preissteigerungen führten, beruhten auf Forderungen gewisser Aktivi-

sten, dass das Erdöl abermals zu verstaatlichen sei, wobei angeknüpft wurde, dass Erdöl und -gas im Land zu veredeln sei. Mit welchem Kapital und welcher Technologie in welchen Händen dies zu verwirklichen ist, darüber macht man sich offenbar keine Gedanken. Der Kongress verabschiedete ein Gesetz, das die Besteuerung des Erdöls und -gases auf rund 50 Prozent des Wertes an hob, wie es der Politaktivist Evo Morales forderte. Sein Konkurrent Felipe Quispe besteht auf der Verstaatlichung. Morales vertritt die Cocabauern, die diese einträgliche Drogenpflanze ungehemmt wie früher anbauen wollen, nachdem die Regierung auf Geheiss Washingtons Saatfelder verbrennen liess. Alternativer Ackerbau ist weniger einträglich. Quispe gibt an, die indianische Bevölkerung zu vertreten.

Im Süden und Westen Boliviens mehren sich indessen die Stimmen, die für die Autonomie der Provinzen Tarija bzw. Santa Cruz de la Sierra eintreten, wo Erdöl und -gas sowie Ackerbau und Viehzucht für Wohlstand sorgen, anders als im Hochplateau, wo der früher blühende Bergbau versiegt. Auch über den Anschluss von Tarija an Argentinien und Santa Cruz an Brasilien wurde gefaselt.

Für die Nachbarländer Argentinien und Brasilien ist Bolivien als Gaslieferant von Bedeutung, seit Gasreserven von vorerst 820 Milliarden Kubikmeter festgestellt worden sind, die zweitgrössten Südamerikas nach Venezuela. Argentinien folgt mit 616 Milliarden, Brasilien mit 450 Milliarden, Peru mit 247 Milliarden und Chile mit 90 Milliarden. Argentinien bezieht nahezu 7 Millionen Kubikmeter im Tag aus Bolivien, Brasilien drei Mal so viel. Die höhere Besteuerung des Erdgases in Bolivien wird gelegentlich auf höhere Exportpreise abfärben.

Im Erdgas liegt für Argentinien und Brasilien das Pfand für die politische Normalisierung Boliviens verborgen. Peru als möglicher Lieferant von Gas über Chile und von dort nach Argentinien ergänzt das Panorama als Alternative, die indessen einen Ausfall bolivianischen Gases nicht ersetzt, solange in Argentinien wegen niedriger Gaspreise die Suche neuer Gasquellen darnieder liegt. Bis 2001 galt der gleiche Gas- und Heizölpreis je Kalorieinheit in Argentinien, womit die Investitionen angeheizt und neue Reserven entdeckt wurden. Seit die Gaspreise in Pesos eins zu eins mit dem Dollar eingefroren wurden, versiegen die Investitionen und Argentinien ist auf bolivianische Gaslieferungen angewiesen. Umso intensiver schaut jetzt Argentinien, ebenso wie Brasilien, auf eine friedliche Lösung der politischen Krise in Bolivien, die verhindert, das die Gaslieferungen abnehmen oder gar ganz eingestellt werden. Zum Schaden Boliviens und seiner Nachbarn.

# Gewaltiges Eigentor

Von Stefan Kuhn

Man muss es eigentlich nicht erwähnen, aber der argentinische Fußball gehört zu dem Erlesensten, was die Welt zu bieten hat. Argentinische Spieler sind nach Soja, Weizen, Rindfleisch und anderen Agrarprodukten einer der gefragtesten Exportartikel. Allein deshalb waren die Vorkommnisse beim Copa-Libertadores-Spiel Boca Juniors gegen den mexikanischen Vertreter Chivas schwer geschäftsschädigend.

Als „nationale Schande“ bezeichneten selbst argentinische Sportjournalisten das Verhalten der Boca-Spieler und -Fans. Das ist nicht übertrieben, denn mit Schlagen, Kratzen, Beißen und Spucken eine sportliche Niederlage übertünchen zu wollen, ist mehr als schäbig und pervertiert den Sinn des Sports. Man kann die Ausschreitungen nicht einmal den fanatischen Anhängern von Boca vorwerfen, die Spieler selbst haben mit ihren Tätlichkeiten die Fans angestachelt. Selbst Trainer „Chino“ Benítez soll einen mexikanischen Spieler bespuckt haben.

Gewalt unter Fußballfans ist sicher kein argentinisches Problem, deutsche Hooligans beispielsweise stehen den argentinischen in ihrer dumpfen Gewalttätigkeit in nichts nach. Die Deutschen randalieren vorwiegend im Ausland und nur dort, wo sie das auch können. Das trägt zwar kaum zu einer Verbesserung des deutschen Ansehens bei, aber immerhin kann die Verantwortung auf die gastgebende Nation abgewälzt werden. „In Deutschland wäre das nicht passiert“, wurden die Ausschreitungen deutscher Randalierer nach einem „Freundschaftsspiel“ in Slowenien kommentiert. Das ist zwar zynisch, aber nicht ohne Wahrheits-

gehalt. In Deutschland und in vielen anderen EU-Ländern haben notori-sche Randalierer Stadionverbot, sie werden strafrechtlich verfolgt und sind zudem gesellschaftlich geächtet. Ein Spieler, der das Publikum zu Gewalttätigkeiten aufstachelt, hätte wohl für immer ausgespielt.

Darin liegt der grundlegende Unterschied zu Argentinien. Gewalt wird hierzulande von zu vielen als Mittel der Gefühlsäußerung betrachtet und gesellschaftlich akzeptiert. Selbst unter den Fernsehzuschauern in einer Bar hört man von seriösen Büromenschen spielkommentierende Äußerungen wie „Hau drauf, gib's ihm“, wenn es zu einer Schlägerei auf dem Spielfeld kommt. Das beschränkt sich nicht nur auf Fußball. Kaum eine noch so berechtigte Demonstration geht ohne Gewalteinwirkung vonstatten. Wenn es friedlich zugeht, gibt es lediglich zerbrochene Scheiben und brennende Papierkörbe. Bei Strafprozessen wie dem Brand der Diskothek Cromagnon gehen Angehörige der Opfer auf den Anwalt des Hauptangeklagten los. Das halten viele für ein verständliches Zeichen der Trauer, ist aber nur ein trauriges Zeichen für den Zustand der argentinischen Gesellschaft. Grundlegende Normen für das Zusammenleben werden schlicht ignoriert. Übertretungen nicht geahndet.

Vernunftsapelle scheinen so wenig zu nutzen wie drastische Strafen. Wenn wie nach den Ausschreitungen in Boca der Spielbetrieb eingestellt wird oder der Verein Stadionverbot bekommt, dann herrscht allenfalls wenige Monate Ruhe, bis es wieder losgeht. Ändern wird sich daran erst etwas, wenn sich die Einstellung zur Gewalt ändert.

## WOCHENÜBERSICHT

### Schneestürme

Heftige Schneestürme in den Anden halten bereits seit einer Woche über 1200 Bergleute in der Provinz San Juan in 4800 Meter Höhe bei -20° C abgeschnitten. Das Unternehmen Barrick teilte mit, die Angestellten seien mit Lebensmitteln und Ausrüstung gut versorgt. Über 2000 LKWs warten außerdem seit einer Woche vor dem Tunnel Cristo Redentor in der Provinz Mendoza an der Grenze zu Chile. Der Pass konnte noch nicht vom Schnee freigeräumt werden.

### Santa Fe sozialistisch

In der Provinz Santa Fe könnten die Sozialisten mit der Unterstützung der Radikalen Bürgerunion (UCR) die bevorstehenden Parlamentswahlen im Oktober gewinnen. Das ergab eine Umfrage in den Städten Rosario, Santa Fe, u. a., die vermutlich von der Staatsregierung beauftragt worden ist und deren Resultate am Dienstag in der lokalen Presse erschienen. Die Progressive Bürger- und Soziale Front mit Hermes Binner, Bürgermeister von Rosario, an der Spitze hat vor der regierenden Justizialistischen Partei einen Stimmentvorsprung von 16 Prozent. Mit insgesamt knapp 40 Prozent könnte sie leicht die PJ-Kandidaten Vizegouverneurin María Eugenia Bielsa und Justizminister Horacio Rosatti zu Fall bringen.

### Internetkommunikation

In dieser Woche ist das Gesetz in Kraft getreten, das die Internetkommunikation unter Schutz stellt. Das am Donnerstag bekanntgegebene Gesetz wurde bereits am 18. Mai

verabschiedet. Es wird festgelegt, dass die Suche und Verbreitung von Information und Meinungen mittels Internet als Recht auf Meinungsfreiheit durch die Verfassung geschützt wird.

### Anti-Rauch-Gesetz

Die Abgeordnetenkammer der Provinz San Juan hat einstimmig ein Gesetz angenommen, das das Rauchen einschränkt. Nach der Ratifizierung des Gesetzes durch die Provinzregierung wird das Rauchen in allen öffentlichen und privaten geschlossenen Räumen verboten. Das betrifft auch Cafés, Restaurants und Diskos, in denen kein Raucherbereich mehr zulässig sein wird. Den Betrieben wird jedoch die Möglichkeit gegeben, Raucherinseln einzurichten. Bei der Nichtbeachtung des Gesetzes wird Bußgeld im Wert von 10 bis 100 Liter Benzin erhoben.

### Frauenkommissariat

In der Gemeinde Morón im Großraum Buenos Aires wurde am Dienstag ein Polizeikommissariat für Frauen eröffnet. Es ist bereits das 13. Kommissariat in der Provinz Buenos Aires, das in erster Linie für Frauen offen steht, die Opfer sexueller Gewalt oder der Gewalt in der Familie geworden sind. Die Eröffnung dieses Kommissariats ist Ausdruck der in der Provinz verfolgten Politik zur Bekämpfung der Gewalt gegen die Frauen. An der Eröffnung nahmen der Sicherheitsminister der Provinz, León Arslanian, die Direktorin des Rates für Geschlechterpolitik, Adriana Maldjian, und der Bürgermeister von Morón, Martín Sabatella, teil.

### Sexuelle Belästigung

Am Dienstag wurde im Senat ein Gesetzesentwurf vorgelegt, die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz unter Strafe zu stellen. Wenn das Gesetz angenommen wird, drohen dem Angeklagten von sechs Monaten bis fünf Jahre Haft. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation gehöre Argentinien zu den Ländern, in denen sexuelle Belästigung am meisten verbreitet ist. Die Initiatoren des Gesetzes erklärten, auch wenn direkte Beweise schwer zu erhalten sind, gebe es viele Nachweise, die vor Gericht gültig sein können, wie z. B. Änderung der Arbeits- bzw. Urlaubszeit, unbegründete Absetzung bzw. Beförderung

oder der psychische Zustand des Opfers.

### Verschwendung

Fünf Tonnen Lebensmittel, die unterernährten Personen zugute kommen sollten, mussten in der Provinz Entre Ríos verbrannt werden. In den Lagerräumen der zuständigen Handelseinrichtung in der Stadt Paraná wurden knapp 3000 kg Mehl, 2000 kg Nudeln, Quittenmarmelade und Kakao entdeckt, deren Verfallsdatum bereits abgelaufen war. Die Lebensmittel waren für Kinder und Jugendliche bis 14 Jahren, Schwangere und alte Menschen vorgesehen, die an verschiedenen Graden der Unterernährung litten. Der zuständige Lagermitarbeiter wurde entlassen.

## Randglossen

**Mit dem Spruch des Obersten Gerichtshofes, der die Gesetze über den sogenannten Schlusspunkt und die Gehorsamspflicht von 1986 bzw. 1987 für null und nichtig erklärt, soll die blutige Vergangenheit der siebziger Jahre teilweise aufgearbeitet werden. Das Gericht widerrief ein früheres Urteil im gegenteiligen Sinn. In der Folge werden die Gerichte hunderte Offiziere der Streit- und Sicherheitskräfte zur Aussage vorladen und eventuell Anklage erheben. Die Verjährung nach über einem Vierteljahrhundert gilt nur für die damaligen Terroristen, die unschuldige Menschen einkerkerten, folterten und ermordeten, wogegen die militärische Repression nicht verjährt. So schreiben es internationale Konventionen über Menschenrechte vor, die freilich nach dem damaligen Bürgerkrieg vereinbart wurden und jetzt mit rückwirkender Kraft angewendet werden, die im Strafrecht nicht zulässig ist.**

Das Kandidatengerangel für die Parlamentswahlen vom 23. Oktober beherrscht die politische Szene. Die Präsidentengattin Senatorin Cristina Kirchner soll gegen Ende Juli offiziell als Kandidatin der sogenannten Front für den Sieg in der Provinz Buenos Aires unweit der Bundeshauptstadt vorgestellt werden, während die Verhandlungen für die Bildung einer Einheitsliste der Justizialistischen Partei weiter gehen, die die Abspaltung des neuen Gebildes verhüten würde. All das würde vermieden werden, wenn sich die Parteimacher an das Gesetz hielten und in parteiinternen Wahlen die siegreichen Kandidaten küren. Offenbar will niemand das Risiko einer parteiinternen Wahlschlappe laufen, so dass der berichtigte Spaltplatz seine Tätigkeit erfolgreich fortsetzen kann. Spalten und nicht gemeinsam die Kandidaten küren, beruht auf einer alten Tradition im argentinischen Parteiwesen.

## Freiheit ohne Freiheit

Buenos Aires (AT/AG) - Unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen kam am Dienstag Omar Chabán, der Hauptangeklagte wegen des Brandes in der Disko „Cromañón“ am 30. Dezember vergangenen Jahres mit 139 Toten, auf freien Fuß. Nach dem Aufbringen der von der Justiz festgelegten Kaution von 500.000 Pesos kann Chabán die Zeit bis zur Gerichtsverhandlung in Freiheit verbringen. Der gewählte Aufenthaltsort, die Wohnung seiner Mutter, Angélica Chabán, in San Martín im Großraum Buenos Aires, erregte bereits vor der Freilassung heftige Proteste unter der Bevölkerung. Die aggressive Belagerung des Gebäudes dauert an.

Bereits seit Tagen hatte sich die Aufregung der Opferangehörigen und der Bewohner von San Martín angekündigt, die den richterlichen Beschluss anprangerten, den Betreiber der Disko in Freiheit auf den richterlichen Spruch warten zu lassen. Am Dienstagabend verließ Chabán das Gefängnis Marcos Paz in Begleitung der Bundespolizei, die mit einem Ablenkungsmanöver der Verfolgung durch Opferangehörige entkommen konnte. Begleitet von weiteren Polizeifahrzeugen und einem Hubschrauber, erreichte das Auto das Gebäude, vor dem sich Massen aufgebracht Menschen versammelt hatten. Trotz Schutz der Polizei wurde Chabán mehrmals angegriffen, mit Eiern, Tomaten und Farbe beworfen und verbal belästigt.

Das Gebäude ist im Moment von Schutzzäunen umgeben und wird von der Polizei bewacht. Ins Gebäude werden ausschließlich Bewohner hineingelassen, denen entsprechende Ausweise ausgestellt worden sind, keine Fremden und auch keine Lieferdienste haben Zutritt. Auch in der Wohnung von Chabán gibt es eine Dauerwache von drei Polizisten. Auf der Straße vor dem Gebäude dauern die Anfeindungen an. Mit Megaphon verstärkte Beschimpfungen und Drohungen erreichen den fünften Stock, in dem Familie Chabán wohnt. Immer wieder kommt es zu Wutentladungen, der Hauseingang gleicht einem Müllablageplatz, die anliegenden Geschäfte befürchten Vandalismus. Aufgrund massiver Klagen wandte sich der Bürgermeister von San Martín, Ricardo Ivoskus, an Innenminister Aníbal Fernández mit der Bitte um die Umquartierung Chabáns.

## AUSFLÜGE UND REISEN

### Iruya wartet auf Wintergäste

Iruya ist ein verschlafenes Dorf in der Vorkordillera, das in einem 2800 Meter hohen Tal nordöstlich von Humahuaca liegt. Wer bis vor kurzem Iruya besuchte, musste wohl oder übel am selben Tag noch wieder zurückfahren, da es keine akzeptable Schlafmöglichkeiten gab. Jüngst wurde nun oberhalb des Weilers eine komfortable Hostería errichtet, die vom Hotelkonzern Mares Sur betrieben wird.

Die Ursprünge dieses Eingeborendorfes liegen im Dunkel. Ge gründet wurde es wohl Mitte des 18. Jahrhunderts als „pueblo de transito“, d.h. als eine Übernachtungsstätte für die Maultier-, Esel- und Lamakarawanen, die von der Puna kommend Salzblöcke in die tropischen Täler oder umgekehrt Viktualien hinauf in das Tafelhochland beförderten. Weil die Reise beschwerlich war, machte man in Iruya Halt. Wegen seiner Unzugänglichkeit hat der Flecken weitgehend seinen ursprünglichen Indio-Charakter bewahrt und wird deshalb besonders von ausländischen Touristen gern besucht.

Am ersten Wochenende im Oktober findet zudem das große Patronschaftsfest statt.

Reservierungen und Infos betreffs der Hostería gibt es telefonisch über 4394-9605, oder unter maresur@maresur.com.

### LAN Argentina mit Einführungstarifen

Soeben hat die neugeschaffene LAN Argentina mit überaus günstigen Einführungstarifen die ersten drei Binnenstrecken in Betrieb genommen.

Und zwar kosten Aeroparque - Córdoba hin und zurück 166 Pesos, Mendoza 216 Pesos, und Bariloche 299 Pesos. Wer zudem seine erste Buchung auf Lokalstrecken tätigt, wird mit 2000 Freiflugkilometer des LAN-Passes begünstigt.

Die Tochtergesellschaft der chilenischen LAN (Línea Aérea Nacional) hat mit ihrer Flotte von sechs Boeing 737-200 zahlreiche weitere Strecken beantragt, so Calafate, Ushuaia, Esquel, Chapelco und Neuquén, ferner Mar del Plata, Villa Gesell, Comodoro Rivadavia, Río

Grande, Viedma, Santa Rosa, Bahía Blanca, Puerto Madryn, La Rioja, Catamarca, San Luis, San Juan, San Rafael, Malargüe, Río Cuarto, Tucumán, Santiago del Estero, Salta, Resistencia, Posadas, Iguazú, Santa Fe, Paraná, Reconquista, Concordia und Formosa.

International wird LAN Argentina ab August nach Miami fliegen und nächstes Jahr auch nach Montevideo, Sao Paulo und Madrid.

### Grenzkomplex am Jama-Pass

Der Jama-Pass verbindet Jujuy mit San Pedro de Atacama. Er ist, wenn auch sehr hoch (über 4500 Meter), heute zum Großteil asphaltiert und eine der am häufigsten befahrenen Querverbindungen über die Anden.

Angesichts des zunehmenden Verkehrsaufkommens wird nun an der Salina de Jama, an der Grenze, ein Abfertigungskomplex für Einwanderungs- und Zollformalitäten errichtet, der Ende 2006 in Betrieb genommen werden soll. Neben den Büros soll dort auch dem Reisenden die Möglichkeit geboten werden, sich während der anstrengenden Fahrt zu stärken, zu erfrischen und zu erholen, denn die Reise durch die leblose Hochwüste von San Salvador de Jujuy bis Antofagasta am Pazifik dauert insgesamt acht Stunden.

Marlú

## AUTO UND MOTOR

### Seit 60 Jahren Rechtsverkehr in Argentinien



Linksverkehr im Rosedal von Palermo.

In den hektischen Wochen vor und während des Autosalons ergab sich keine Möglichkeit, an dieser Stelle ein erinnerungswürdiges Ereignis zu erwähnen: die am 10. Juni 1945 um 6 Uhr morgens erfolgte Umstellung des Straßenverkehrs in Argentinien von Links auf Rechts.

Lange Jahre hindurch hatten die verantwortlichen Behörden sich mit der Initiative herumgeschlagen, wie, wann und ob der Straßenverkehr auf Rechtsbetrieb umgestellt werden sollte. Nach mehreren Anläufen erfolgte der Wechsel an einem Sonntagmorgen, mit der Auflage, dass „während der ersten Wochen in der Stadt die Höchstgeschwindigkeit 30 km/h nicht übersteigen“ dürfe.

Dabei herrschte bei uns schon viele Jahre zuvor Rechtsverkehr. Laut Dekret vom 4. April 1872 sollten in Buenos Aires „die Karren stets rechts fahren“. Buenos Aires - das war damals Argentinien schlechthin. Aber siebzehn Jahre später ordnete ein anderer Bürgermeister, Francisco Seber, an, dass auf den Straßen links zu fahren sei - wie bei der damals im Vormarsch befindlichen Eisenbahn auch. Dann aber blieben in Amerika sowohl Argentinien als auch Uruguay immer mehr isoliert, denn im Rest der (nicht angelsächsisch beeinflussten) Länder und Inseln fuhr man rechts. Den Ausschlag zur Umstellung gab schließlich ein Brückenschlag. 1944 war mit dem Bau der Straßen- und Eisenbahnbrücke über den Río Uruguay zwischen Paso de los Libres und Uruguaiana begonnen worden, die am 12. Oktober 1945 in Betrieb genommen werden sollte. Doch es ergab sich ein Problem: in Argentinien rollte man links, in Brasilien rechts - wie und wo sollten die Autos die Fahrbahn wechseln?

Man nahm den Stier bei den Hörnern und stellte in Argentinien vier Monate vor der Fertigstellung der Brücke den Verkehr auf die zentral-

europäische und nordamerikanische Verkehrsnorm um. Kurz danach tat auch Uruguay denselben Schritt wie Argentinien: hier wurde die Umstellung am 2. September 1945 vorgenommen. Nun fuhr ganz Südamerika rechts. Dass dennoch heute, anno 2005, immer noch in 65 Ländern der Erde links gefahren wird, dürfte manchen überraschen. Darüber soll demnächst an dieser Stelle berichtet werden.

## Das Museum im Wasserturm

Von Carmen Alemann

Dort, wo im Norden der Stadt Buenos Aires die Avenida Calao in die Avenida del Libertador einmündet, steht seit neunzig Jahren der Wasserturm, der seit bald fünf Jahren das erste Museum der Architektur in Argentinien beherbergt, das auf das Kürzel Marq („Museo de la Arquitectura“) hört. Autofahrer, Buspassagiere und Passanten, deren Blick stadteinwärts nach links schweift und stadtauswärts nach rechts, kennen diesen eigenartigen Wasserturm, der mitten auf einem kleinen Freiplatz von 1562 m<sup>2</sup> steht, der sowohl von der Avenida del Libertador als auch dahinter von der Abzweigung der Schnellstraße erreicht werden kann. Ein Parkplatz für wenige Autos empfängt die Besucher des Museums. Ein Gitter schützt das Gelände vor der landesüblichen Zerstörungswut, die oft auf öffentlichen Plätzen und an Monumenten ausgelassen wird.



(Fotos: C. Alemann)

Der originelle Wasserturm wurde von der damals in englischen Händen befindlichen Eisenbahn der Linie „Ferrocarril Central Argentino“ (FCA), heute „Transportes de Buenos Aires“ (TBA), im Jahr 1914 gleichzeitig mit dem Bau des imposanten Retiro-Bahnhofs erstellt. Der 17,60 Meter hohe Turm aus Stahlgerüst, der mit roten Ziegelsteinen verkleidet ist, die die vier Außenwände zieren, enthielt oberhalb einen gewaltigen Wasserbehälter für 200.000 Liter. Damals mussten die Dampflokomotiven versorgt werden, ebenso wie die Wohnungen der Eisenbahner in der Umgegend.

Nach der Verstaatlichung der Eisenbahnen im Jahr 1948 geriet der Wasserturm in Vergessenheit, zumal die Dampflokomotiven von elektrischen und Dieselzügen abgelöst wurden. Die Wasserwerke besorgten die Versorgung der Wohnungen. Trotzdem blieb der Wasserturm als Erinnerung an vergangene Zeiten stehen. Nur wenige Passanten kannten den Zweck, dem das Bauwerk seinerzeit gedient hatte.

Nach der Rückprivatisierung der Eisenbahnen Mitte der neunziger Jahre übernahm die Amtsstelle Enabief, ein scheußliches Kürzel, das für die Verwaltung der Eisenbahnliegenschaften steht, den Wasserturm. Niemand wusste, was man damit anfangen könnte. Der Turm durfte nicht abgerissen werden, weil er als nationales Monument unter Denkmalschutz gestellt worden war.

Der Spitzenverband der Architekten („Sociedad Argentina de Arquitectos“, SAA) übernahm vor einigen Jahren die Initiative, den Wasserturm als Museum für ihre eigenen Zwecke umzubauen. Ein Konzessionsvertrag mit der genannten Amtsstelle ermöglichte die Abtretung des Wasserturms an den Architektenverband, dessen rühriger Vorsitzender Julio Keselman den Umbau zusammen mit mehreren Kollegen übernahm. Die Architekten waren bestrebt, ihr erstes Museum einzurichten.

Der Wasserbehälter wurde abgebaut, die Außenfront renoviert, und es entstanden ein Untergeschoss im Keller, das Parterre und drei Geschosse. Die Stahlstruktur wurde ausgebaut, man brachte eine eiserne Nottreppe und eine Holztreppe zu den Stockwerken an und baute sanitäre Einrichtungen ein. So entstanden insgesamt fünf Stockwerke zu je 70 m<sup>2</sup>. Sie dienen seit der Einweihung im Oktober 2000 als Raum für Gemälde- und Fotoausstellungen, Design- und Porträtshows. Im Unterge-

schoss und im obersten Stockwerk werden Vorträge gehalten und Seminare veranstaltet. Das Museum lebt. Unlängst blieb es zwecks Renovierung mehrere Wochen geschlossen, aber jetzt steht es dem Publikum wieder nachmittags offen.

Die jüngste Neuerung kann bei Dunkelheit beobachtet werden. Auf der Dachterrasse ragt ein beleuchteter riesiger Federbusch aus Metall empor, der einem Staubwedel („plumero“) gleicht. Grünblaue Neonröhren umringen den Turm unterhalb der Dachterrasse. Ein großes Schild mit der Aufschrift „Marq“ informiert Passanten, was aus dem alten Wasserturm geworden ist.

## Argentinier gegen Krebs

Buenos Aires (AT/JF) - Wenn ein Tumor im Körper voranschreitet, heißt das, dass die Abwehrkräfte zu spät gekommen sind. Nun hat eine Gruppe argentinischer Forscher einen Mechanismus entdeckt, der dazu beiträgt, dass das Immunsystem rechtzeitig reagieren und so die Entwicklung des Melanoms, der aggressivsten Art des Hautkrebses, aufhalten kann. Die Arbeit wurde von den Wissenschaftlern Osvaldo Podhajcer, Mariano Alvarez, Federico Prada, Edgardo Salvatierra und Fernando Pitossi des „Instituto Leloir“ vorgelegt. Mitgewirkt haben auch Viviana Lutzky und Eduardo Chuluyan des „Hospital de Clínicas“ der UBA; Cecilia Carbone von der „Facultad de Veterinaria“ der Universität La Plata und Inés Bravo des „Hospital Eva Perón“. Sie deckten Details des Mechanismus auf, wie ein Protein das Immunsystem aufhält und das Voranschreiten des Krebses fördert. Der Bericht erschien in der Zeitschrift „Cancer Research“. „Wir wussten bereits, dass das Protein, das wir SPARC nennen, in den von Krebs befallenen Zellen überproduziert wird“, sagte der Leiter der Untersuchung Osvaldo Podhajcer, Wissenschaftler des Conicet. Außerdem wusste das Team, dass sich das Tumorwachstum verlangsamen würde, wenn man das Protein blockieren könnte. Dies wurde bereits 1997 von Podhajcer in „Nature Medicine“ veröffentlicht. Bisher war allerdings die Codierung des Proteins unbekannt. So wurde SPARC zum Hauptforschungsobjekt des Wissenschaftlers. In zwei Experimenten fand das Forscherteam heraus, wie SPARC dem Immunsystem die Anweisung gibt, zu attackieren oder nicht anzugreifen. Dort, wo das Protein aufgrund der Blockade nicht wirken konnte, vernichteten die weißen Blutkörperchen die kranken Zellen. Die Arbeit nährt die Hoffnung auf die Möglichkeit, bald schnell und effektiv gegen Hautkrebs und andere Krebsarten vorzugehen.

## Peinliches Ende

Buenos Aires (AT/JF) - Mit einem beschämenden Skandal verabschiedete sich Boca aus der „Copa Libertadores“.

Beim Viertelfinal-Rückspiel gegen den mexikanischen Club „Chivas Guadalajara“ in Buenos Aires wurde das Spiel in der 79. Minute beim Stand von 0:0 wegen Ausschreitungen zwischen den Spielern und darauffolgend auch auf der Tribüne, abgebrochen.

Boca war kraftvoll in die Partie gestartet, attackierte, kämpfte, galt es doch die 0:4-Niederlage im Hinspiel auf mexikanischem Boden gutzumachen. Doch gegen die starke Defensiv Chivas waren die Portenios machtlos, in der letzten Viertelstunde war immer noch kein Tor gegen die Mexikaner gefallen.

Nach einem der vielen Fouls eskalierte die Situation schließlich zwischen Martín Palermo von Boca und Chivas Adolfo Bautista. Palermo reagierte mit geballter Aggression gegen die verbalen Provokationen Bautistas. Auch die Fans begannen Bautista zu beschimpfen und mit Gegenständen zu bewerfen, der kurz zuvor vier Finger für die vier Tore gegen Boca zur Tribüne gestreckt hatte.

Der Schiedsrichter zeigte darauf beiden Spielern die Rote Karte. Das war der Auslöser für weitere Ausschreitungen zwischen den gegnerischen Spielern. Nach zwanzigminütiger Unterbrechung wurde es dem Unparteiischen aus Uruguay zu bunt und er beendete das Spiel der Bombonera vorzeitig.

Aufgrund des 4:0-Hinspiel-Sieges wurde Chivas die Halbfinal-Qualifikation vom Südamerikanischen Verband zugesprochen. Nachdem die Fifa mit einer Sperre für den Confederations-Cup gedroht hatte, flogen die vier Nationalspieler Chivas bereits vor Turnierende zur Nationalmannschaft nach Deutschland.

## María-Guerrero-Theaterpreise

Buenos Aires (AT/JF) - Witz und Emotion prägten die Nacht der Überreichung der María-Guerrero-Preise für die Theaterproduktion des Jahres 2004. Diese werden alljährlich von der Stiftung „Amigos del Teatro Cervantes“ mit der Förderung der spanischen Botschaft und des Kultursekretariats der Nation verliehen.

Durch die Zeremonie, die am Donnerstag vergangener Woche im Hauptsaal des Cervantes-Theaters stattfand, führte die Schauspielerin Beatriz Bonet. Deren witziges Auftreten und Zerstretheit brachte das Protokoll völlig durcheinander und die Abendgesellschaft zum Lachen.

Emotional wurde es bei der Hommage zur Erinnerung an María Rosa Gallo. Zu dem von Bonet mit gebrochener Stimme vorgetragenen Werdegang der großen argentinischen Interpretin kam noch die bewegende Beschreibung ihrer Lebensgeschichte durch den Journalisten Ernesto Schoo. Die größte Wirkung rief allerdings die Stimme Gallos hervor, die über dem Parkett ertönte. Es war eine ihrer bekanntesten Interpretationen zu hören - der Monolog aus „Fedra“ von Racine.

Als beste Schauspielerin bei dieser 20. Verleihung der María-Guerrero-Preise wurde Cristina Banegas für „La señora Macbeth“ ausgezeichnet, als bester männlicher Darsteller Guillermo Angelelli für „Hamlet“ und „La ópera de tres centavos“.

Weitere Gewinner: Bestes Drehbuch: Griselda Gambaro („La señora Macbeth“ und „Pedir demasiado“); Beste Regie: Rubén Szuchmacher („El siglo de oro del peronismo“); Bestes Bühnenbild: Alberto Bellatti („De cirujas, putas y suicidas“).

Weiterhin wurden von der Jury Preise für diverse Aktivitäten zugunsten des Theaters vergeben: Der Preis für die Belebung des Theaters wurde den jungen Darstellern Luciano Castro („Lo que habló el pecado“) und Cecilia Andrada („El sable“) gewidmet. Die „Spezial-Auszeichnung“ bekam Ricardo Passano für seine lange Karriere als Schauspieler, die stets Radio, Kino, Fernsehen und auch der Lehre verbunden war. Die Angestellten des INET wurden ebenfalls in dieser Kategorie für ihre Arbeit zur Erinnerung an das argentinische Theater von der Kolonialzeit bis zur Zeit der Immigrationen geehrt.

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 2,89.** Die Terminkurse betragen zum 30.6. \$ 2,877, 1.8. \$ 2,883, 31.8. \$ 2,891, 30.9. \$ 2,900, 31.10. \$ 2,912, 30.11. \$ 2,929, 2.1. \$ 2,950 und 31.1. \$ 2,963.

\*\*\*

**Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 0,5% auf 1.458,70,** der Burcapindex um 1,2% auf 3.584,23 und **der Börsenindex um ebenfalls 1,2% auf 61.271,61.**

\*\*\*

**Der durchschnittliche Rind-**

**fleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers)** stieg in der Berichtswoche um 6,9% auf \$ 2,382.

\*\*\*

**Die Gold-, Devisen- und Anlagensreserven der ZB betragen am 13.6.05 US\$ 22,41 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 38,77.** Eine Woche zuvor waren es US\$ 22,19 Mrd. bzw. \$ 38,70 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 21,66 Mrd. bzw. \$ 37,39 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 17,26 Mrd. bzw. \$ 30,72 Mrd.

\*\*\*

**Wie das Statistikamt (Indec) bekanntgab, haben die Internet-Anschlüsse an das Breitbandnetz von März 04 bis März 05 um 93% auf 491.354 zugenommen.** Gleichzeitig gingen die „dial up“ Anschlüsse (über das Telefonnetz) um 11,4% und die Gratisdienste um 11,2% zurück. Die Zahl der Kunden, die ein Anschlussabonnement bezahlen, betrage 1,03 Mio., davon 536.503 über dial up. Die Benützer von Gratisdiensten seien 811.844, was insgesamt 1,84 Mio. Internetanschlüsse erbege, um 3,7% mehr als im März 04. Von Dezember 03 bis Dezember 04 haben die elektronischen Postadressen um 40,3% zugenommen und sind heute rd. 5 Mio. Die Zahl der Benachrichtigungen habe um 39,9% auf geschätzte 352 Mio. zu-

genommen, was einen Durchschnitt von 68 Benachrichtigungen per Postadresse erbege. Beim Internetbetrieb gebe es derzeit rd. 6.000 Arbeitsplätze, um 11,4% mehr als Ende 03.

\*\*\*

**Ab Juli wird im Abhängigkeitsverhältnis befindlichen Beitragszahlenden an das private AFJP Rentensystem 9% des Lohnbetrages einbehalten.** Derzeit sind es 7%. Ab dem 1.10.05 wird die Einbehaltung wieder 11% betragen, wie mit Dekret 809/04 bestimmt wurde. Das ist derselbe Prozentsatz, der im staatlichen Rentensystem einbehalten wird.

\*\*\*

**Für den Kauf der Supermarktkette Disco hat die chilenische Cencosud (Horst Paulmann) internationale Minderheitspartner aufgenommen.** Für 38% von Jumbo Retail, des neuen Inhabers von Disco, erhielt sie US\$ 160 Mio. Damit hält Cencosud 61,36%, die Investmentfonds AIG 19,31% und Capital 9,65% und die Weltbanktochter IFC (Internationale Finanzkörperschaft) 9,65%.

\*\*\*

**Argentiniens Justiz hat das Abkommen von Telecom Argentina mit seinen Gläubigern als rechtens erklärt.** Die Schulden werden um 42% auf US\$ 1,8 Mrd. verringert. Es ist die grösste Firmenumschuldung in Argentinien. Vor ihr betragen die Telecomschulden US\$ 3,12 Mrd. 94,47% der Gläubiger nahmen die Umschuldung an, die Streichung von Zinsen, Abschläge beim Kapital und Kapitalamortisationen enthielt. Als Abschlussdatum wurde August 04 anerkannt.

\*\*\*

**Die Zementproduktion war im Mai 05 um 29,3% grösser als vor einem Jahr und um 0,8% grösser als im Vormonat.** Dem Bericht des Verbandes der Zementfabriken zufolge wurden 589.761 t hergestellt.

\*\*\*

**Im Mai wurden 35.000 Anträge auf Änderung der Zugehörigkeit zu privaten AFJP Rentenkassen gestellt.** Das waren rd. halb soviele wie vor einem Jahr. Damals wurden diese Änderungen vorübergehend untersagt.

\*\*\*

**Der Landwirtschaftsexperte Victor Tonelli erklärte, eine Preissteigerung des Rindfleisches sei in den kommenden Monaten unvermeidlich.** Einmal wird das Rinderangebot dieses Jahr sinken (das letzte Jahr bei 14 Mio. Rindern lag, 2 Mio. mehr als in Vorjahren), wobei besonders das Angebot von Kühen um etwa 500.000 Stück abnehmen werde. Demgegenüber werde der Export 100.000 t (Fleisch mit Knochen) mehr, auf die 600.000 t, die 2004 exportiert wurden, fordern. Für den Binnenkonsum würden 220.000 t weniger als im Vorjahr (2,4 Mio. t) verfügbar sein. Da die Konsumenten gleichzeitig eine höhere Kaufrkraft hätten, sei eine Preiszunahme unvermeidlich.

\*\*\*

**Die Zeitung „La Nación“ schätzt die Ernte von Getreide und Ölsaat**

**von 2004/05 auf fast 85 Mio. t, nachdem die letzte offizielle Berechnung auf 83,5 Mio. t gelangt war.** Das werde zu Exporten von US\$ 12,3 Mrd. führen, um US\$ 1,6 Mrd. mehr als im Vorjahr, als die Ernte 69 Mio. t betrug, aber mit höheren internationalen Preisen.

\*\*\*

**Das Bergbauunternehmen Northern Orion Resources hat mitgeteilt, dass es die Studien über das ihr in Konzession vergebene Vorkommen Agua Rica (In Catamarca, in der Nähe von Bajo de la Alumbrera, wo schon Kupfererz ausgebeutet wird) fertiggestellt hat.** Die Studie wurde in Verbindung mit Hatch Associates Ltd. durchgeführt. Agua Rica ergibt eine Rentabilität von 8% bei einem Kupferpreis von US\$ 1 je Pfund, von Gold von US\$ 400 je Unze und von Molybden von US\$ 5 je Pfund. Die Dauer der Ausbeutung wird auf 30 Jahre beziffert. Die Einzelheiten der Studie, um die Arbeit aufnehmen zu können, sollen 2006 fertig sein.

\*\*\*

**Mit dem neuen Gehaltsabkommen der Handelsangestellten wird die Hälfte der eingetragenen Lohnempfänger der Privatwirtschaft, rd. 2 Mio. Arbeitnehmer, neue Kollektivverträge haben.** 05 wurden mehr als 130 neue Kollektivverträge unterzeichnet, doch die der letzten Wochen gelten in den wichtigsten Branchen wie Lebensmittel, alkoholfreie Getränke, die meisten Metallverarbeitenden Industrien, Transport, Baugewerbe, die PAMI-Rentnerbetreuung und Handel. Die Lohnabkommen laufen bis Jahresende, einige bis Ende 06, wodurch zusammen mit dem Beschluss des Mindestlohnrates, der Gewerkschaften, Unternehmer und der Regierung, die zunehmenden Arbeitskonflikte in der Privatwirtschaft, die Ende 04 mit den Telefon- und U-Bahnarbeiter begonnen hatten, beigelegt wurden. Daher gehen sie jetzt auf Staatsbeamten über, wie die Streikwelle in Krankenhäusern, Ämtern sowie bei Lehrkräften und Provinzangestellten zeigt. Die Entlohnung in der Privatwirtschaft hat durchschnittlich um 11%-20% im Jahr zugenommen. Im Verhältnis zu den vorherigen Grundlöhnen scheint die Zunahme grösser, doch meist werden jetzt die nicht Beitragspflichtigen \$ 100 im Monat, die seit Januar bezahlt werden, mitgerechnet.

\*\*\*

**Der Exxel Group-Investmentfonds des Uruguayers Navarro, der u.a. Inhaber von Havanna, der Norte-Supermarktkette und der Fredo Eiscreme war und noch das Textilunternehmen Lacoste und Mastercard besitzt, wurde im April Partner von 3 US-Unternehmen, die**

## PERSONALNACHRICHTEN

### Geburten

Gianni Antonio Carolo, am 12.6.

Sofia Mingramm, am 15.6.

### Diamantene Hochzeit

Agda María Sundberrie und Ernesto Freuler, am 16.6.

### Todesfälle

Christine Hellwig geb. Baltzer, 60, am 4.6.

Hans Barth, 92, am 10.6.

Rul A. Bückle, am 12.6.

Alfredo Luis Thern, 64, am 12.6.

**KAUFE VERSCH.  
COMPRAS VARIAS**

**IVES** compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287

## Der Big Mac-Index

Die Wirtschaftszeitschrift „The Economist“ veröffentlicht seit 1986 einen Index der Währungen auf der Grundlage des Preises für ein Big Mac-Sandwich der MacDonald-Restaurantkette. Es wird davon ausgegangen, dass sich das Produkt weltweit an bestimmte Normen hält und daher homogen ist, was den Preisvergleich erleichtert. Das stimmt indessen nicht ganz; in Ländern wie Argentinien, wo Rindfleisch billig ist, ist der reine Fleischgehalt höher als in anderen Ländern, wo mehr Sojamehl beigemischt wird.

Soweit der Preis des Big Mac repräsentativ für das Preisniveau der einzelnen Länder ist, kommt hier die Über- oder Unterbewertung der Währungen, gemessen an der Kaufkraft, zum Ausdruck. In Argentinien kostete ein Big Mac zur Zeit der Konvertibilität fast ebensoviel wie in den USA. Heute ist er um 46% billiger.

Land	Big Mac-Preis Vergleich		Land	Big Mac-Preis Vergleich	
	in US\$	mit USA in %		in US\$	mit USA in %
USA	3,06	--	Japan	2,34	-23
Argentinien	1,64	-46	Malaysia	1,38	-55
Euroländer	3,58	+17	Mexiko	2,58	-16
Australien	2,50	-18	Neuseeland	3,17	+4
Brasilien	2,39	-22	Peru	2,76	-10
Kanada	2,63	-14	Polen	1,96	-36
Chile	2,53	-17	Tschechien	2,30	-25
China	1,27	-59	Russland	1,48	-52
Südkorea	2,49	-19	Singapur	2,17	-29
Dänemark	4,58	+50	Südafrika	2,10	-31
Ägypten	1,55	-49	Schweden	4,17	+36
Philippinen	1,47	-52	Schweiz	5,05	+65
Grossbritannien	3,44	+12	Taiwan	2,41	-21
Hong Kong	1,54	-50	Thailand	1,48	-52
Ungarn	2,60	-15	Türkei	2,92	-5
Indonesien	1,53	-50	Venezuela	2,13	-30

Quelle: The Economist

## Aufschwung der Leasing-Kredite

Das Leasing, eine Miete mit Kaufoption, könnte eine der bedeutendsten Finanzierungsquellen für Unternehmen werden, die Kapitalgüter eingliedern wollen. Nach dem Default sei es, neben den Treuhandgesellschaften, zur vielversprechendsten Finanzierungsquelle geworden, wie Experten der The Capita Corporation, einer von der Comafibank kontrollierten, auf Leasinggeschäfte spezialisierte Firma, erklären.

In diesem Jahr werden über das Leasing Kredite für \$ 1,5 Mrd. erteilt, wie die Firma mitteilte. Das seien um 200% mehr als 2004. Gleichzeitig sei es ein bisheriger Rekord, da im bisher besten Jahr 1999, Leasinggeschäfte für \$ 970 Mio., damals allerdings gleich US\$ 970 Mio., abgeschlossen wurden, wie die ALA (Asociación Argentina de Leasing), die 23 Leasingunternehmen vereint, feststellt hat. Meistens sind diese Unternehmen Abteilungen von Banken, wie der Banco de la Nación und de la Provincia de Buenos Aires.

Beim Leasing ist der Lieferant bis zur vollständigen Zahlung Besitzer des Kapitalgutes, was den Fall bei Nichtzahlungen der Raten erleichtert. Für den Käufer besteht der Vorteil zunächst darin, dass er die MwSt. mit den monatlichen Raten bezahlt, statt auf einmal, beim Kauf. Ausserdem ist die Zahlungsfrist geringer als die normale Amortisationszeit, so dass das Leasing einer beschleunigten Abschreibung entspricht und den Betrag der Gewinnsteuer zunächst verringert.

**Militär- und Sicherheitskräfte ausrüsten.** An den Einzelheiten der neuen Partnerschaften wird noch gearbeitet. Bei einer der Firmen, Diligence Information & Security, hat Exxel das Mehrheitspaket für US\$ 15 Mio. erworben. Als Exxel am 5.12.03 die Kinderkonfektionsmarke Coniglio für \$ 7 Mio. verkaufte, blieben ihr 3 Unternehmen: Argencard, die Mastercard herausgibt, IBG, die das Textilunternehmen Vesubio betreibt, das die Lacostelizenz hat, und die Marke Paula Cahen D'Anvers besitzt, und Imágen Deportiva die sich Berufssportler-Verträgen widmet. Die in den vorhergehenden 10 Jahren erworbenen Unter-

nehmen wurden abgestossen, in vielen Fällen ihren Gläubigern übergeben. Seit ihrer Gründung 1992 hat die Exxel Group 74 Unternehmen für rd. US\$ 4,8 Mrd. gekauft.

\*\*\*

**Adelmo Gabbi, Präsident der Handelsbörse von Buenos Aires, erklärte, es sei unlogisch und verrückt anzunehmen, dass durch die Börsentätigkeit entstehende Deviseneingänge den Dollarkurs beeinträchtigen könnten.** Damit drückte er seine Ablehnung der Kontrolle von Spekulationskapital aus, die die Regierung in der Vorwoche verfügt hat, durch die Fremdkapital, das ins Land kommt,

mindestens 1 Jahr im Land bleiben und 30% brach legen muss. Sein Fachpersonal prüfe, ob die 30%ige Rückstellung in an der Börse gehandelten Aktien, statt in Barem erfolgen kann.

\*\*\*

**Ohne Rücksicht auf den Wunsch der Regierung, den Energieverbrauch zu verringern, Rücksicht zu nehmen, hat der Stromverbrauch in beinahe dem ganzen Land zugenommen.** Wie die Fundeleistung ermittelt hat, waren die Stromlieferungen im Mai im Vorjahresvergleich um 5,1% und im Vormonatvergleich um 6,3% grösser. Im Landesinneren ergab der Vorjahresvergleich plus 5,5%, die grössten Zunahmen wurden in den Provinzen Chaco (13,6%), Corrientes (11,2%) und Mendoza (10,2%) verzeichnet. In Gross Buenos Aires nahm der Verbrauch um 4,3% zu. Der Stromverteiler Edenor meldete plus 5% vor Edesur 4,1% und Edelap 0,7%.

\*\*\*

**Argentinien hat mit der Förderkommission der Andenstaaten (CAF) ein Abkommen über einen Kredit von US\$ 35 Mio. unterzeichnet.** Er sei für die Eisenbahnverbindung zwischen Buenos Aires und Mendoza bestimmt und der erste, seit Wirtschaftsminister Lavagna mit der CAF die Beitragserhöhung Argentinien an den Fonds auf US\$ 75 Mio. unterzeichnet hat, wodurch Argentinien Kredite von bis zu US\$ 600 Mio. für Infrastrukturvorhaben erhalten kann. Weitere Vorhaben mit CAF-Krediten seien die Paraná-Wasserstrasse und Verbindungen mit Nachbarstaaten.

\*\*\*

**Petrochemieunternehmen können ohne gesicherte Energieversorgung vorgesehene Investitionen von US\$ 4-6 Mrd. in den nächsten 5 Jahren nicht durchführen.** Zweifel entstehen nicht nur durch die Lage in Argentinien, sondern auch in Bolivien. Die Erdgasversorgung aus Peru könnte eine Lösung sein, doch sei die Kostenfrage noch unbeantwortet. Das werde das Hauptthema des III Mercosur-Chemie- und Petrochemie-Kongresses im September sein.

\*\*\*

**Obwohl sich die Bankkreditkosten für Unternehmen gegenüber den Zeiten der Konvertibilität noch auf einem Tiefstand befinden, beginnen sie, nach der Zinssatzerhöhung der Zentralbank, anzuziehen.** Die Durchschnittssätze für Grossunternehmen haben seit März um über 20% zugelegt. Die Prime rate auf 30 Tage stieg von 5% auf 6,15% im Jahr. Die Kreditnachfrage erster Unternehmen begann sich vor kurzem zu beleben, doch nur für kurzfristige Kredite.

\*\*\*

**Das Craveri Pharmalabor erhöht seine Produktion durch ein neues Werk im Stadtteil Villa del Parque.** Es kommt zu den 3 Fabriken, die Craveri bereits im Stadtteil Caballito betreibt und wird dermatologische

Produkte und Pillen herstellen. Die von Valeant-ICN erworbene Fabrik wird mit \$ 3 Mio. Investition erweitert und erneuert. Die Belegschaft soll um 30% erhöht werden.

\*\*\*

**Der Pesokurs ist im internationalen Vergleich im Mai um 1,1% konkurrenzfähiger geworden.** Angesichts der Bedeutung Brasiliens als Handelspartner, hat die Aufwertung des Real die Abwertung des Euro mehr als ausgeglichen. Der reale Kurs ist um 92,2% günstiger als während der Konvertibilität.

\*\*\*

**Die ZB hat die Frist für die Abrechnung der Deviseneingänge aus Ausfuhren von Gütern und Dienstleistungen auf 120 Arbeitstage verlängert.** Dazu wurde der Punkt 3 der Mitteilung A 3473 vom 9.2.02 geändert.

\*\*\*

**Die Boston Bank hat ermittelt, das 05 bis jetzt der Zahlungsverkehr zwischen Unternehmen über das Internet um 24% zugenommen hat.** Er betrage bereits über \$ 1,2 Mrd. im Jahr.

\*\*\*

**Die Regierung hat mit dem Stromverteiler Edesur Einzelheiten der Vertragsänderung vereinbart.** Die Tarifierhöhung von 23% wird nach den Wahlen, ab dem 1.11.05 erfolgen und einen Aufschlag für Investitionen von weiteren 5% haben. Edesur setzt rd. \$ 1 Mrd. um, von denen Steuern und Stromkosten abzuziehen sind. Das ergebe jährlich \$ 500 Mio. für den Vertrieb und weitere \$ 140 Mio. durch die Preiserhöhung. Die Erhöhung des Endpreises der Rechnungen für Industrie und Handel (Haushalten darf nicht erhöht werden), darf jedoch 15% nicht überschreiten. Ab dem 1.6.06 werden die endgültigen Erhöhungen in Kraft treten, auch für Haushalte. 06 wird Edesur \$ 215 Mio. investieren.

\*\*\*

**Ohne Angabe von Einzelheiten hat die Regierung die Mobiltelefonunternehmen aufgefordert, in 3 Monaten das notwendige durchzuführen, damit Gesprächsunterbrechungen, Signale die verschwinden, und Gespräche, die direkt in den Anrufbeantworter kommen, ohne dass der Apparat klingelt, nicht mehr vorkommen.** Der Ombudsman hatte zu Monatsbeginn angezeigt, dass in den ersten 4 Monaten 05 25.000 Anzeigen über die Qualität der Verbindungen erstattet wurden. Er forderte eine Reglementierung des Bereiches.

\*\*\*

**Angesichts der bevorstehenden Fälligkeiten der Aussenschuld und der Notwendigkeit, die Pesos aus dem Umlauf zu nehmen, die für Dollarkäufe ausgegeben werden, hat das Wirtschaftsministerium einen Bondstauch mit der ZB beschlossen.** Für die Aufnahme der quasimonetären Bonds der Provinzen, hatte das Schatzamt der ZB Boden 2013 Bonds gegeben. Diese Bonds in Pesos mit CER-Indexierung (Lebenshaltungskosten) werden ab dem 30.5.05 in 96 Monatsraten bis April 2013 bezahlt.

## Fiat investiert U\$S 50 Mio. in Argentinien

In den nächsten zwei Jahren ab Oktober 05 wird Fiat in Argentinien U\$S 50 Mio. investieren um seine Kfz-Motorenfertigung im Werk in Córdoba zu vergrössern und um eine neue Getriebefertigung zu erweitern.

04 hat das Fiatwerk hier \$ 770 Mio. umgesetzt. Nach der Erweiterung wird das Werk zusätzlich für \$ 700 Mio. im Jahr exportieren und 2.000 neue Arbeitsplätze schaffen, davon 500 direkt in der Fabrik, die derzeit 800 Mitarbeiter hat.

Das Fiatwerk in Ferreyra, Provinz Córdoba wurde 1996 mit einer Investition von U\$S 600 Mio. gegründet und stellte die Kfz-Fertigung Ende 01 ein. Im Mai 03 wurde das Werk, mit Unterstützung der Provinzregierung wieder in Betrieb genommen. In einer ersten Etappe sollten, mit einer Investition von \$ 30 Mio., 2004/8 350.000 Ottomotoren, 70.000 im Jahr, hergestellt werden. Die zu beginnende 2. Etappe sieht vor:

1) Erhöhung des Anteiles heimischer Zulieferteile für diese Motorenherstellung, durch Eigenproduktion und Zusammenarbeit mit Lieferanten der Provinz.

2) Erhöhung der derzeitigen Motorenfertigung (20.000 im Vorjahr und angenommenen 30.000 bis 40.000 in diesem)

3) Wiederinbetriebnahme der Getriebefertigung in der Fabrik um die bestehende Kapazität von 1.000 Einheiten im Tag, für den Binnen- und Exportmarkt, auszulasten.

4) Einrichtung neuer Fertigungen, besonders von Zulieferteilen für Motoren und Getriebe für Brasilien und andere In- und Auslandsabnehmer.

5) Erweiterung und Entwicklung der Beteiligung einheimischer Unternehmen an der Versorgung mit Bauteilen für Karosserien für laufende und zukünftige Modelle.

Die Provinzregierung verpflichtete sich im Gegenzug, die Schaffung der neuen Arbeitsplätze mit einer Subvention von \$ 200 für jede neue Stelle zu fördern, bei einem Kredit von \$ 25 Mio. der Provinzbank von Córdoba behilflich zu sein, und die Lieferanten von Fiat in den Genuss der Provinz-Industrieförderung zu bringen.

## Staatsschuld nach dem Umtausch

Nach der Abwertung, der Pesifizierung, dem Default und dem Umtausch betrug die Auslandsverschuldung der öffentlichen Hand Argentiniens U\$S 126,57 Mrd., wie dem Bericht zu entnehmen ist, der dem Kongress am Freitag der Vorwoche vom Wirtschaftsministerium vorgelegt worden ist. In dem Betrag sind die U\$S 24 Mrd. nicht eingetauschte Bonds nicht enthalten.

Das Wirtschaftsministerium gab an, dass der Schuldenstand zum 31.12.01 U\$S 144,45 Mrd. betragen hatte. Nach dem Default wurden Bonds für weitere U\$S 30,93 Mrd. aufgelegt, zu denen Zinsen für weitere U\$S 19,03 Mrd. kamen. Durch die Pesifizierung wurde die Schuld um 8,75 Mrd. verringert, womit die Verschuldungszunahme U\$S 41 Mrd. betrug.

Der am 2.6.05 durchgeführte Bondsumtausch brachte, dem Wirtschaftsministerium zufolge, eine Verringerung der Verpflichtungen von U\$S 67,3 Mrd. mit sich. Schon vor dem Umtausch hatte die Regierung fällige Schulden an internationale Körperschaften von U\$S 9,17 Mrd. bezahlt, wodurch Argentinien auf den derzeitigen Schuldenstand von U\$S 126,57 Mrd. gelangt sei.

Statt der ZB die Kapitalraten der Bonds zu bezahlen, tauscht sie das Schatzamt gegen ebenfalls CER-indexierte Boden 2014 Bonds, zum Wert vom 13.6.05 ein, die ab dem 31.3.2011 fällig werden. Damit schiebt die Wirtschaftsführung die Fälligkeiten durch eine längere Verschuldung hinaus und verfügt über mehr flüssige Mittel für den Devisenmarkt. Die Boden 2014 sind marktgängiger als die 2013. Durch ihre Unterbringung können Pesos festgelegt werden, die für Dollarkäufe auf den Markt kommen.

\*\*\*

**Die Regierung hat dem Wasserkonzessionär Aguas Argentinas den letzten Vertragsänderungs-Vorschlag gemacht.** 05 soll es keine Tarifierhöhungen geben, im Januar 06 15% und weitere 20% im Juli, zusammen 38%. Für Investitionen soll ein Fonds von bis zu \$ 250 Mio. geschaffen werden, der vom Nationalstaat und den begünstigten Gemeinden aufzubringen sei. Aguas Argentinas hatte 20%ige Erhöhungen gefordert, eine im Juli oder August 05, was die Regierung als undurchführbar betrachtet, die andere im Januar 06. Es wären die ein-

## BIP im 1.Quartal 2005 um 8% über Vorjahr

Das statistische Amt meldet, dass das Bruttoinlandprodukt im 1. Quartal 2005 um 8% über der gleichen Vorjahresperiode, jedoch saisonbereinigt nur um 0,5% über dem 4. Quartal 2004 lag. In den vier Quartalen 2004 lag die durchschnittliche Zunahme gegenüber dem vorangehenden Quartal bei 2,2%, so dass jetzt eine fühlbare Abnahme eingetreten ist. Für das ganze Jahr 2005 wird mit einer Zunahme von 6% bis 7% gerechnet, wobei etwa 3,5% auf den statistischen Überhang entfallen, der sich aus der Differenz des BIP-Standes zum Jahresende 2004 und dem Jahresdurchschnitt 2004 ergibt. Das Wachstum verflacht sich, was nach dem hohen Sprung der Jahre 2003 und 2004, in dem die Erholung aus der tiefen Rezession zum Ausdruck kommt, normal ist.

Die Zuahme des 1. Quartals 2005 ist im Wesen auf die Fortsetzung des Schwunges der aufwärtsstrebenden Konjunktur zurückzuführen. Hinzu kommt noch die Wirkung der Rekordernte von Getreide und Ölsaaten, die offiziell schon mit 84 Mio. t und privat sogar mit 85 Mio. t angegeben wird, gegen 69 Mio. im Vorjahr. Trotz niedrigerer Preise ergibt dies ein Exportplus von schätzungsweise U\$S 1,6 Mrd., leicht über 1% des BIP. Hier muss man die sekundäre Wirkung hinzuzählen, die sich aus Käufen der Landwirte ergibt. Die gestiegene Ernte wird sich im 2. Quartal noch stärker auswirken, da auf diese Periode die Sojabohnenernte entfällt.

Das BIP kommt somit im 1. Quartal 2005 auf \$ 274,73 zu liegen, wobei es sich um Pesos von 1993 handelt. Das liegt leicht über den \$ 271,7 Mrd. des 1. Quartals 1998, und etwa gleich hoch wie der Rekord, der im 2. Quartal 1998 erreicht wurde. Pro Kopf der Bevölkerung liegt das BIP indessen noch um etwa 8% niedriger, angenommen die Bevölkerung ist in diesen 7 Jahren wenig gestiegen. Gegenwärtig findet eine Revision des BIP statt, auf der Grundlage des neuen Wirtschaftszensus. Bisher wird das BIP auf der Grundlage der Struktur von 1994 berechnet, wobei jedoch seither wichtige Änderungen stattgefunden haben, u.a. der Durchbruch der Informatik und der Fernverbindungen. Es ist somit wahrscheinlich, dass das BIP bei einer Neuberechnung einen höheren Wert ergibt. Mehrere Indizien, wie der stark gestiegene Stromkonsum, die wesentlich höheren Ernten, die Telefonexpansion, die gestiegene Produktion der Stahlindustrie, der Petrochemie und von Zellulose und Papier, scheinen diese Prognose zu bestätigen.

Die Investitionen nahmen im Vorjahresvergleich um 13,9% zu, nachdem die Zunahmeraten 2004 bedeutend höher, bis zum dreifachen Prozentsatz des 1. Quartals 2005, waren. 1998 lag die Investitionsrate bei 21% und dieses Jahr werden es voraussichtlich 18% sein, wobei jedoch berücksichtigt werden muss, dass die Mobiltelefone als Investition betrachtet werden, obwohl es sich eindeutig um dauerhafte Konsumgüter handelt. Ausserdem sind die relativen Preise der importierten Kapitalgüter jetzt höher, so dass die 18% des BIP weniger reale Investition darstellen.

zigen Tarifierhöhungen, die bis zum Ende der Konzession, am 30.4.2023, zugestanden werden. Auch fordert die Regierung, dass das Unternehmen von der beim Icsid getätigten Anzeige zurücktritt, bevor ein endgültiges Abkommen unterzeichnet wird.

\*\*\*

**Der allgemeine Wirtschaftstätigkeitindex IGA der Beraterfirma Orlando Ferreres legte im Mai 0,5% zu.** Die Wirtschaft zeigte sich stabil, mit einer Verlangsamung der bisherigen Wachstumszunahmen gegenüber dem 2. Halbjahr 04. Im Vorjahresvergleich legt der IGA-Index 8% zu, in den ersten 5 Monaten 05, 7,2%. Im April und Mai waren die Zunahmen grösser, weil die Vergleichsbasis des Vorjahres geringer war. Die Landwirtschaft und auch die Bauwirtschaft seien die Wachstums-lokomotiven.

\*\*\*

**Nach den Protesten, die durch die Sperrung der Erdgaslieferungen von BAN Gas Natural an 39 Pressgastankstellen ausgelöst wurden,**

**hat die zuständige Behörde, Enargas, angeordnet, dass die Gaslieferungen an die Tankstellen aufrecht zu erhalten sind.** Das ist ein Rückzieher, da das Dekret Nr. 180 des Energieministeriums diese Tankstellen als unterbrechbare Bezieher einstufte, die jetzt ununterbrechbar 5.000 cbm/Tag erhalten müssen.

\*\*\*

**Präsident Kirchner hat mit Gouverneur De la Sota von Córdoba die 32 km lange Autobahnstrecke zwischen Pilar und Oncativo eröffnet.** Sie kommt zu dem bereits funktionsfähigen, 34,5 km langen Teil zwischen Córdoba Stadt und Pilar. Die Gesamtstrecke von Córdoba bis Rosario, die der Nationalstaat bezahlt, soll 07 fertiggestellt sein.

\*\*\*

**Die Banco de Santa Fe von E. Escenazi ist der neue Besitzer der Bersa Bank (Banco de Entre Rios).** Sie hatte die Ausschreibung gewonnen, mit der sie die Banco de la Nación abstiess, die sie verwalten musste, nach-

## Erhöhung der Mindestpensionen

Die Mindestrenten und -pensionen wurden ab Juli von \$ 308 auf \$ 350 erhöht. Damit werden 2 Mio. Rentner, die die Mindestrente erhalten, und weitere 400.000 Pensionisten und ehemalige Malwinkämpfer begünstigt, wie Wirtschaftsminister Lavagna und Arbeitsminister Tomada mitteilten.

Das bedeute Aufbesserungen von bis zu \$ 42, die ab Mitte des kommenden Monats ausgezahlt werden. Für nicht beitragspflichtige Pensionen beträgt die Erhöhung \$ 29,40, für die Malwinkämpfer \$ 126 im Monat.

Auch rd. 40.000 Empfänger von Renten der privaten AFJP Rentenkassen werden durch die Erhöhung begünstigt, weil ein Teil des Betrages vom Staat über das Anses bezahlt wird. Für die restlichen Renten- und Pensionsempfänger ist keine Bezugserhöhung vorgesehen.

Wer bisher \$ 308 im Monat bezogen hat, erhält nun \$ 350. Desgleichen werden die Bezüge von \$ 320, 330 und 340 auf \$ 350 erhöht. Die knapp 400.000, die eine nicht beitragspflichtige Pension erhalten, erhalten 70% der Mindestrente. Das sind \$ 245 statt der bisherigen \$ 215,60. Die 14.700 ehemaligen Malwinkämpfer, die drei Mindestrenten erhalten, werden statt \$ 924 im Monat, \$ 1.050 beziehen. Die Erhöhung ändert den bisherigen Betrag des halben Zusatzlohnes, der zur Jahreshälfte zur Auszahlung gelangt, nicht.

Wirtschaftsminister Lavagna erklärte, die Erhöhungen bedeuten für den Staat, von Juli bis Dezember, eine zusätzliche Ausgabe von \$ 715 Mio., die durch Sparmassnahmen beim Anses hereingebracht werden. Wie das Anses später erklärte, betrage die Mehrausgabe in diesem Jahr \$ 581,5 Mio. etwa \$ 89 im Monat.

Das Anses bezahlt für Renten und Pensionen bereits \$ 1,5 Mrd. im Monat. Das sei für die 3,1 Mio. Empfänger ein Durchschnitt von \$ 489. Ausserdem bezahle das Amt 400.000 nicht beitragspflichtige Pensionen von durchschnittlich \$ 245.

Die Aufbesserungen begünstigen rd. 70% aller Renten- und Pensionsempfänger, die am Juli die Mindestrente erhalten. Allerdings, bei einer Teuerung von 63% seit 2001, haben Rentner, die bis zu \$ 1.000 im Monat erhalten, bis zu 10% Aufbesserung erhalten, und jene mit über \$ 1.000 im Monat, nichts.

Lavagna erklärte weiter, diese sei die achte Mindestrentenerhöhung seit der Abwertung. Auch ist es ist die sechste der Regierung Kirchner.

dem sich die französische Credit Agricole 02 aus Argentinien zurückzog und 3 Banken hinterliess. Die Banco de Santa Fe hatte \$ 172 Mio. geboten, die Banco de Santiago del Estero \$ 122 Mio. und die Comafi Bank \$ 97 Mio.

**Der nationale Radarplan, der von Präsident Kirchner mittels Dekret Nr. 1407/04 angeordnet wurde,** bedeutet bis 09, zu internationalen Marktwerten, Gesamtinvestitionen von US\$ 1 Mrd.

**Der Hochschuldozent und Koordinator des argentinischen Softwareforums, Gabriel Baum, erklärte, die Regierung habe 03 das Software- und Informatikdiensteforum SSI beauftragt, einen strategischen Plan für den Bereich auszuarbeiten, habe das Blauweissbuch mit dem strategischen Plan 2004/14 ausgearbeitet, von dem sich 80% in Durchführung befänden.** Der Plan und das Gesetz Nr. 25.922 seien ein Qualitätssprung in der Förderung der Software gewesen. Von da an könne man sagen, dass es in Argentinien eine wohldefinierte amtliche Politik für die Entwicklung dieselbe gebe. Sie würde 600 Unternehmen und 1.300 Kleinbetriebe zählen, mit 25.000 direkten Arbeitsplätzen, \$ 3,1 Mrd. Umsatz und Ausfuhr für US\$ 180 Mio. im Jahr. Der Arbeitsplan 2004/7 fasse die 30 wich-

tigsten Massnahmen zusammen, die getroffen werden müssen um diesen Industriebereich in den nächsten 3 Jahren zu verdoppeln.

**Die Firmen Loi Suites der Familie Loitegui und Estancia Chapelco des ehemaligen Recrear-Provinzabgeordneten J. Taylor sind übereingekommen, in San Martin de los Andes ein 5sterne-Ressorthotel mit 78 Zimmern zu errichten.** Der Bau im Chapelco Golf soll im September beginnen. Dafür wurden US\$ 9,2 Mio. bereit gestellt.

**Ungefähr 550 von chinesischen Inhabern geführte Selbstbedienungsläden in Gross Buenos Aires haben sich durch ihre Kammer beim Unterstaatssekretariat für Verbraucherschutz verpflichtet, den „Sozialwarenkorb“ zu führen, der 15 Haushaltsprodukte für \$ 14,55 enthält.** In Gross Buenos Aires gibt es rd. 1.250 dieser Geschäfte, im ganzen Land rd. 3.000. Der Sozialwarenkorb wurde in den meisten Provinzen eingeführt, ist jedoch landesweit nicht einheitlich, da er von den jeweiligen Einzelabkommen abhängt.

**Die argentinische Philipsfiliale wird 05 rd. US\$ 1,5 Mio. in die Erweiterung ihrer Fabrik in Rio Grande investieren.** Dort erzeugt sie Fern-

sehempfänger, DVD-Geräte, Bauteile und home cinema. Rio Grande ist eines der 3 Philipswerke in Lateinamerika. Die anderen befinden sich in Mexiko und Brasilien.

**Die Privatwirtschaft hat Investitionen von US\$ 5,05 Mrd. im 1. Quartal 05 bekannt gegeben.** Das waren um 2,48% mehr als vor einem Jahr, doch diesmal wurden 60% derselben im verarbeitenden Gewerbe durchgeführt, wie das CEB (Centro de Estudios Bonaerenses) bekanntgab. Am meisten investierte die Metallindustrie, US\$ 1,59 Mrd., Chemikalien, Nahrungsmittel und Getränke, Kfz und ihre Zulieferteile, die 90,4% der Investitionen durchführten. Bei der Metallbearbeitenden Industrie sei die Investition von US\$ 680 Mio. von Siderar in ihrem Werk in Ramallo hervorzuheben, die des Aluminiumwerkes Aluar von US\$ 650 Mio. und von Acindar von US\$ 200 Mio.

**Im Lohnkonflikt der Kfz-Fabriken DaimlerChrysler und Ford mit der Smatagewerkschaft wurden die vermittelnden Vorschläge des Arbeitsministeriums angenommen.** Die Fordarbeiter erhalten rückwirkend ab dem 1.4.05 ein Grundgehalt von \$ 1.801,2 im Monat und vom 1.1.06 bis zum 31.3.06 von \$ 1.927,28. Die von DaimlerChrysler in der 1. Frist von \$ 1.861,2 und in der 2. von \$ 1.991,48, und die von VW, in der 1. Frist \$ 1.650 und in der 2. \$ 1.927,28.

**Die Industrieproduktion hat im Mai im Vorjahresvergleich um 8,5% zugenommen.** Im Vormonatsvergleich betrug die Zunahme 1,2%, wie das Statistikamt Indec bekanntgab. Im Vergleich der ersten 5 Monate betrug die Zunahme 7,4%. Wie in den Vormonaten führte die Kfz-Fertigung auch im Mai bei der Produktionszunahme im Vorjahresvergleich mit 25,4%, vor Papier und Pappe 22,6%, und Verlage und Druckereien 15,8%. Rückgänge verzeichneten die Erdölraffinerie mit 3,5% und die Tabakverarbeitung 2,6%

**Complex, ein mittelständisches Unternehmen in Rio Tercero, Cordoba, wird dem Düngemittelmarkt als erste Hersteller in Argentinien flüssiges Ammoniumsulfat, und als zweiter das Stickstoffdüngemittel UAN anbieten.** Complex ist das erste Ergänzungsvorhaben das die Militärfabrik von Rio Tercero mit einem Privatunternehmen abschliesst. Die Firma hat den Betrieb, mit einer Investition von US\$ 1 Mio., auf dem Werksgelände der Chemieabteilung der Militärfabrik errichtet, die ihn mit Ausgangsmaterial wie Ammoniumnitrat, Schwefelsäure, Ammoniak usw. versorgen wird. In der ersten Etappe wird Complex jährlich 25.000 t flüssiges Ammoniumsulfat und weitere 25.000 t UAN herstellen. 07 sollen die Mengen auf insgesamt 200.000 t vervierfacht werden.

**Mit dem Abschluss des neuen**

**Kollektivvertrages der Handelsangestellten, sichert sich die Regierung den Burgfrieden in einer Branche mit rd. 800.000 Mitarbeitern.** Andererseits kann die 18%ige Lohn- und Gehaltserhöhung das Gleichgewicht der Wirtschaft ernstlich bedrohen. Die Supermärkte haben bereits bekannt gegeben, dass sie ihre knappen Gewinnspannen zwingen, die Erhöhung auf die Preise abzuwälzen.

**Um die Eröffnung von Bankfilialen in ungenügend bedienten Gebieten des Landes zu fördern, hat die ZB Änderungen der Mindestkapitalbestimmungen für Finanzanstalten verfügt.** Bisher waren sie landesweit einheitlich, jetzt sollen sie auf die in einem Gebiet vorhandenen Banken und die Wirtschaftslage desselben abgestimmt werden. Für Gebiete mit zu wenig Banken wird das erforderliche Mindestkapital von \$ 15 Mio. auf bis zu \$ 5 Mio. verringert. Um eine Bank in Buenos Aires Stadt, die viele Banken hat, zu eröffnen, wird das Mindestkapital auf \$ 25 Mio. erhöht.

**Trotz der letzten Erhöhungen sind die Lohnkosten der Industrie um 30% billiger als Ende 01.** Wie das CEP (Centro de Estudios de la Producción) des Industriesekretariates mitteilt, erfolgte die Berechnung nach Angaben des letzten Quartals 04. Sie vergleicht die Zunahme der Preise der einzelnen Industriebranchen, mit den Lohnerhöhungen in der gleichen Branche. Dabei berücksichtigt sie Produktivitätszunahmen, die laut CEP im Durchschnitt 10% betragen, nicht.

**Die Hilton Hotelkette und eine nicht genannte Investorengruppe wird rd. US\$ 15 Mio. in den Bau eines Fünfsternehotels im Nationalpark Iguazú, auf einem von der Provinzregierung übertragenen, 600 ha grossen Gelände, investieren.** Der Bau soll in 2 Monaten beginnen und die Hoteleröffnung 07 stattfinden. In der ersten Etappe wird das Hotel 160 Zimmer, einen Golfplatz und Tagungsräume für 1.000 Teilnehmer, haben.

**Die ZB hat die Banken ermächtigt, ihren Devisenbestand von 10% auf 15% ihres Vermögens zu erhöhen, um das Devisenangebot am Markt zu verringern.**

**Die Regierung hat die Frist für die Ausschreibung zur Privatisierung der Post erneut verschoben.** Mittels Dekret 635/05 (Amtsblatt vom 16.6.05) wurde als Termin für die Konzessionierung der vom Staat seit November verwalteten Post, als die Regierung Kirchner die Konzession Francisco Macris kündigte, der 31.12.05 bestimmt. Es ist die 2. Verlängerung der Frist, die im Juni 04 durch Dekret 721/04 bereits verlängert worden war.

**Die Gewerkschaft der Chemie- und Petrochemiearbeiter (Fatiqyp) hat mit der Kammer dieser Industrien eine durchschnittliche Erhöhung der Grundlöhne um 116% ver-**

einbart. Damit kommen sie auf \$ 800 und ab Oktober \$ 1.000 im Monat.

\*\*\*

**Nach 5-jähriger Bearbeitung hat die Provinz Buenos Aires das kauft in der Provinz (compre Bonaerense) Programm reglementiert.** Es si-

chert kleinen und mittelständischen Unternehmen (Pymes) 15% der Direktkäufe der Provinz bis \$ 40.000 und bei Provinzausschreibungen bis \$ 400.000. Um am Programm teilnehmen zu können, müssen die Unternehmen ihre Steueradresse und ihren Standort in der Provinz haben.

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Abschluss der Umschuldung

Endlich war es soweit. Am 10. Juni kündigte das Wirtschaftsministerium in einem Kommuniké den Abschluss der Umschuldung (Spanisch „canje“) an, über die seit mehr als drei Jahren verhandelt worden war. Mit den drei neuen Bonds (Par, Quasi-Par und Diskont) verblieben US\$ 37,6 Mrd. an umgeschuldeten Bonds, nach einem Kapitalschnitt von US\$ 67,3 Mrd. Ein an das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts angeknüpfter Bond wird laut besagtem Kommuniké für 180 Tage zusammen mit den drei Bonds gehandelt werden und ab 10. November unabhängig von letzteren. Die mit Nullkupon-Bonds des US-Schatzamt und deutschen KfW-Bonds teilweise garantierten Bonds der sogenannten Brady-Umschuldung von 1992 erhielten die Auszahlung der Garantie und für den Saldo neue Diskont-Bonds. Ende gut, alles gut.

Das Wirtschaftsministerium teilte ferner dem Kongress mit, dass nach der Umschuldung die nationalen Staatsschulden auf US\$ 126,5 Mrd. gesenkt wurden, einschliesslich umgeschuldete Bonds und andere Verbindlichkeiten, die laufend bedient werden. Dass die Staatsschulden verglichen mit dem Stand Ende 2001 kaum abnehmen und der Schuldenabbau nicht im Einklang mit dem Kapitalschnitt erfolgte, beruht auf den Ausgaben neuer Bonds nach der Defaulterklärung von Ende 2001 für US\$ 30,9 Mrd. sowie der Zahlung von Zinsen für US\$ 19,0 Mrd. Ferner wurden US\$ 2,4 Mrd. für die Kapitalisierung der Banken ausgegeben. Wechselkursdifferenzen, insbesondere die Abwertung des US-Dollars gegenüber dem Euro, Pfund Sterling, Schweizer Franken und Yen, erhöhten die Staatsschulden, gemessen in US-Dollar, um US\$ 8,9 Mrd.

Die Ausgabe neuer Bonds nach 2001, vornehmlich genannt Boden, war die Folge der asymmetrischen Abwertung. Die Depositeninhaber wurden teilweise durch diese Bonds entschädigt, die ihnen die Regierung als Differenz zwi-

schen der früheren Parität des Peso und des US-Dollar mit dem Fiktivkurs von \$ 1,40 je US\$ sowie der Wertberichtigung CER (Konsumentenpreise) anerkannte. Hiermit wurden die Bankschuldner subventioniert, deren US\$-Schulden zwangsweise eins zu eins in Pesos umgewandelt wurden, was einen deutlichen Bruch der Kreditverträge der Banken mit ihren Kunden nach sich zog.

Eine gewaltige Vermögens- und Einnahmerverschiebung zugunsten der Bankschuldner und zu Lasten künftiger Steuerzahler wurde hiermit vollzogen. Kein Bank beantragte bei Gericht, dass dieser Vertragsbruch für null und nichtig erklärt werde, wie es umgekehrt zahllose Depositeneinhaber für den Verlust ihrer Depositen in US-Dollar zum Tageskurs und dem auszahlenden Betrag (Parität, plus \$ 0,40 je US\$, plus Wertberichtigung CER) vor Gericht forderten. Das machte rund \$ 2 je US\$ statt dem Tageskurs von rund \$ 3 je US\$ oder etwas weniger aus. Die Richter gaben mit einstweiligen Verfügungen („amparos“) diesem Rechtsbruch statt, so dass die Banken den Verlust hinnehmen mussten. Der Oberste Gerichtshof hat die Pesifizierung der Depositen nur teilweise gutgeheissen. Ein letztes Urteil steht noch aus.

Der Abschluss der Umschuldung ist indessen nicht vollständig. Die sogenannten „hold outs“, die die Offerte der Regierung nicht angenommen haben, stehen für 24,4% der Gesamtofferte gut und gehen vorerst leer aus. Die Regierung besteht darauf, dass sie die Offerte nicht wieder für die Inhaber dieser Bonds öffnet. Trotzdem musste Wirtschaftsminister Lavagna im Internationalen Währungsfonds, letzter Zufluchtsort der „hold outs“, zugeben, dass es sich um eine eventuelle Schuld handelt, Spanisch „deuda contingente“, für die gelegentlich eine Lösung zu suchen ist. Laut Lavagna und unlängst abermals seinem Finanzsekretär Guillermo Nielsen (Pressegespräch mit „Página/12“ vom 12. Juni) wird diese Aufga-

be der nächsten Regierung ab Ende 2007 zufallen. Bis dahin müssen die „hold outs“ mit leeren Händen warten. Eine Verbesserung der Offerte an letztere gegenüber der abgeschlossenen Umschuldung würde die Bedingungen der Inhaber umgeschuldeter Bonds im Gleichzug auch verbessern, was sicherlich nicht in Frage kommt. Deshalb wird angenommen, dass die zu erwartende Offerte für die „hold outs“ weniger günstig ausfällt. Die Forderungen der „hold outs“ sind höher als US\$ 20 Mrd., einschliesslich Zinsen und Kursberichtigungen. Die Wirtschaftsführung stuft sie im Einklang mit den Umschuldungsbonds auf rund US\$ 6,6 Mrd. ein.

Die Schuldenquote, gemessen am Verhältnis der Staatsschulden zum Bruttoinlandsprodukt, ist mit der Umschuldung auf unter 100% des BIP gefallen, bezogen auf besagte US\$ 126,5 Mrd. und einem angenommenen BIP von US\$ 150 Mrd. knapp über 80%. Darin sind indessen die Schulden der Gliedstaaten und Gemeinden nicht enthalten, wiewohl die nationalen Neuschulden in wertberichtigten Pesos laufend mit der Inflation zunehmen. Die gelegentlich zu erwartende Korrektur der BIP-Berechnungen auf Grund des neuen Wirtschaftszensus („censo económico“), die unterwegs ist, wird sicherlich eine höhere Bewertung der Wertschöpfung (BIP) ausweisen, so dass die Schuldenquote entsprechend abnimmt.

#### Fallendes Länderrisiko

Als Folge des Umschuldungsabschlusses fiel die Benotung argentinischer Bonds auf einen Bruchteil zusammen. Während des Defaults betrug das Länderrisiko Argentinens, wie es die US-Bank Morgan laufend an Hand von Bonds der Schwellenländer ermittelt, über 6.000 Punkte und schlug den Weltrekord. Das war die Kehrseite des Defaults. Inzwischen ist das Länderrisiko auf 794 Punkte gefallen und wird zum Monatsende weiter bis auf unter 500 Punkte abnehmen, kaum dass die bisherigen Defaultbonds aus der Berechnung des Länderrisikos ausgeklammert werden. Bezogen auf 4% Rendite 10jähriger US-Bonds, die allgemein als Refe-

renzzins gelten, verteuert sich der argentinische Staatskredit auf unter 10% per annum. Das nach den neuen Bonds bemessene Länderrisiko laut Ecolatina liegt mit rund 436 Punkten noch darunter.

Allerdings unterlässt es die Bemessung des Länderrisikos durch Morgan, die neuen Bonds in Pesos mit Wertberichtigung CER einzubeziehen, die am Markt sehr gefragt sind, so dass das gesamte Länderrisiko Argentinens noch niedriger ausfallen dürfte.

Auch die Ratingagenturen wie Standard & Poor's und andere haben argentinische Bonds aus dem Defaultzustand herausgenommen und entsprechend weniger schlechte Benotungen im Bereich B mitgeteilt, die freilich noch weit entfernt sind vom sogenannten „Investment grade“, der für den Kauf solcher Bonds vielfach unerlässlich ist und die allgemeine Solvenz der öffentlichen Hand Argentinens kennzeichnet.

Der Abschluss der Umschuldung hinterlässt sicherlich den sauren Beigeschmack des brutalen Kapitalschnitts, der langen Karenz- und Laufzeiten bis 42 Jahre und der niedrigen Zinssätze. Zusammen entlasten sie die Fiskal- und die Devisenbilanz. Der durchschnittliche Zinssatz argentinischer Staatsschulden liegt gegenwärtig bei 3% per annum. Sofern künftig alle Fälligkeiten (Zinsen und Tilgungen) fristgemäss bedient werden, sorgt die Umschuldung für die Solvenz. Hierfür muss der Haushalt Jahr für Jahr mit Primärüberschüssen abschliessen, die die Zinsen bezahlen sowie dazu beitragen, das Schuldkapital sukzessive abzubauen.

Argentinien ist nach der Umschuldung immer noch zu hoch verschuldet und zwar sowohl bezogen auf den Haushalt als auch auf die Devisenbilanz bei zwar zunehmenden aber immer noch ungenügenden Exporten. Gelingt dieser Wurf, dass mit Haushaltsüberschüssen Zinsen und einige Tilgungen bezahlt werden, dann wird sich die Solvenz des Schatzamtes wie seinerzeit in Chile durchsetzen und das angeschlagene Vertrauen wieder herstellen. Das ist freilich noch zu beweisen.

### Es fehlt eine Beschäftigungspolitik

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt weist schwerwiegende Probleme auf, für die die Regierung keine Lösung gefunden hat, und sich nicht um eine solche bemüht. Eine jüngste Erhebung des statistischen

Amtes (INDEC) ergibt, dass 47,5% der Lohnempfänger schwarz arbeiten, was 4,7 Mio. Personen ausmacht. Gewiss ist dies weniger als die 48,9%, die im letzten Quartal 2004 ausgewiesen

wurden; aber der Fortschritt ist zu gering, als dass man von einer Tendenz der Besserung reden könnte. In Wirklichkeit ist die Lage noch schlimmer, da die legal angestellten Arbeitnehmer in vielen Fällen einen Lohnzusatz schwarz erhalten, auf den keine Sozialabgaben gezahlt werden. Schliesslich sei noch bemerkt, dass bei den Selbstständigen der Anteil der Schwarzarbeiter noch höher sein dürfte. Das BIP befindet sich gegenwärtig auf dem Stand vom 2. Quartal 1998; aber der Koeffizient der Schwarzarbeit liegt um 10 Punkte höher, was 1,5 Mio. Schwarzarbeiter mehr ausmacht. Hier kommt eine strukturelle Verschlechterung der Gesellschaftsstruktur zum Ausdruck, die schwer zu erklären ist, umso mehr für eine Regierung die gegenüber den 90er Jahren besonders kritisch eingestellt ist.

1990 arbeiteten 26% der im Abhängigkeitsverhältnis Tätigen schwarz, 1995 waren es schon 34%, 1997 38%, und im Oktober 2001 etwas mehr. Dann gab es ab März 2002 bis Oktober 2002 einen Sprung auf 45% und im 2. Quartal 2003 auf fast 50%. Danach gab es nur leichte Schwankungen. Diese Entwicklung zeigt, dass etwas am System nicht in Ordnung ist. Die Arbeitsgesetzgebung sieht zwar schwere Strafen für Arbeitgeber vor, die Personal schwarz anstellen, und ausserdem laufen sie bei Arbeitsunfällen und -krankheiten ein grosses Risiko, da diese Arbeitnehmer nicht versichert sind und die Richter in diesen Fällen hohe Entschädigungen festsetzen. All das hat jedoch keine Wirkung gehabt.

Bezogen auf die Lohn- und Gehaltssumme ist der Anteil der Schwarzarbeit wesentlich geringer, weil er sich fast ausschliesslich auf die unteren Stufen der Beschäftigung bezieht, also besser bezahlte Arbeiter und Angestellte kaum umfasst. Ausserdem sind die Löhne bei Schwarzarbeit geringer. Somit sinkt der Anteil der

Schwarzarbeit wertmässig wohl auf etwa ein Viertel.

Die Schwarzarbeit schafft in Zukunft ein Problem, da diese Arbeiter kein Anrecht auf Pension haben, so dass sie dem Staat zur Last fallen werden, da es in einer modernen Gesellschaft nicht zugelassen wird, dass diese Menschen dann voll auf Verwandte und Freunde angewiesen sind, und wenn sie keine haben, verhungern. Zum Glück sollte jedoch, bis es so weit ist, der grösste Teil der Pensionen und Renten von den privaten Kassen gezahlt werden, so dass die Staatskasse entlastet wird und somit die Renten für diese Personen, die keine Beiträge geleistet haben, tragen kann.

Zur anormal hohen Schwarzarbeit sei zunächst bemerkt, dass die Zahl der Arbeitsinspektoren äusserst gering ist; aber ausserdem scheinen diese Inspektoren bei Schwarzarbeit wegzuschauen oder Schmiergelder in Empfang zu nehmen. Das Problem hat indessen eine einfache Lösung, nämlich die Verpflichtung von Privatunternehmen für diese Tätigkeit.

Zum zweiten muss der Übergang von der Schwarzwirtschaft auf die Legalität erleichtert werden, indem diejenigen, die die betreffenden Arbeitnehmer eintragen, nicht die vorher nicht gezahlten Beträge für Beiträge zum System der sozialen Sicherheit und zu den Sozialwerken zahlen müssen und auch vom Steueramt nicht belästigt werden. Die Vergangenheit muss einfach vergessen werden, denn sonst würde eine effektive Inspektionstätigkeit zur massiven Schliessung von Unternehmen führen und noch mehr Arbeitslosigkeit herbeiführen. Wenn diese kostenlose Weisswaschung zusammen mit einer effektiven Inspektion geschieht, dürfte die Zahl der Schwarzarbeiter auf einen Bruchteil zurückgehen.

Die Löhne der Schwarzarbeiter sind stark hinter denjenigen zurückgeblieben, die legal tätig sind,

weil in diesen Fällen die von der Regierung verfügbaren Zulagen nicht gezahlt wurden. Die Differenz zwischen „weissen“ und „schwarzen“ Löhnen ist somit gemäss INDEC auf 65% (von unten nach oben) gestiegen. Das bedeutet, dass die Arbeitgeber nicht nur die Soziallasten sparen, sondern auch einen Teil der Löhne. Wo schwarze Löhne gezahlt werden, wird normalerweise auch schwarz gewirtschaftet, also die MwSt., die Gewinnsteuer und die provinzielle Steuer auf den Bruttoumsatz hinterzogen. Eine grosszügige Weisswaschung würde dem Fiskus somit auch in dieser Beziehung Geld bringen.

Das zweite Problem, das sich aus den INDEC-Zahlen ergibt, besteht darin, dass die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Verhältnis zum BIP-Wachstum stark abgenommen hat. Wenn man ausserdem berücksichtigt, dass das BIP jetzt weniger stark wächst als in den zwei Vorjahren, kommt man zum Schluss, dass es schwierig sein wird, die Arbeitslosigkeit zu verringern, die sich immer noch auf einem sehr hohen Stand befindet, nämlich 13% (die auf 16,6% steigen, wenn man diejenigen mit einbezieht, die Subventionen als Familienoberhäupter erhalten und dafür angeblich etwas arbeiten), gegen 14,4% (bzw. 19,5%) vor einem Jahr. Die sogenannte Beschäftigungselastizität (Zunahme der Beschäftigung, in Prozenten, im Verhältnis zur Zunahme des BIP, ebenfalls in Prozenten) lag 2002 und 2003 bei etwa eins, im 1. Quartal 2004 bei 0,93% und ganz 2004 nur bei 0,46%. Im 1. Quartal 2005 ist die Beschäftigungselastizität noch weiter gesunken.

Als im 2. Quartal 2002 der Aufschwung nach der tiefen Rezession begann (das BIP war ab 2. Quartal 1998 um 20% gefallen), ging es bei den Unternehmen weitgehend darum, mehr Personen zu beschäftigen, um ihre Kapazität

besser auszulasten und mehr zu produzieren. Diese Etappe scheint sich jetzt erschöpft zu haben. Die Unternehmen versuchen, die Produktion durch mehr Effizienz zu erhöhen, also u.a. Mechanisierung und Automatisierung, und auch rationellerer Einsatz der Arbeitskräfte. Der Fortschritt der Einführung der Informatik, sowohl bei der Verwaltung wie bei der Fabrikation, trägt zu dieser Entwicklung bei. Schliesslich ziehen es viele Unternehmen vor, eine höhere Nachfrage für ihre Produkte mit Überstunden zu befriedigen, als mit zusätzlichem Personal, das sie teuer zu stehen kommen kann, wenn die Nachfrage eventuell wieder zurück geht und sie dieses Personal entlassen müssen.

Die Regierung scheint dies als eine Tatsache hinzunehmen, an der sich nichts ändern lässt. Indessen kann gewiss etwas getan werden, um die Beschäftigung zu fördern. Wenn für Belegschaftserhöhungen für eine bestimmte Periode (sagen wir 2 Jahre) die Sozialbeiträge (ausgenommen die Beiträge zum Sozialwerk und zur ART-Arbeitsrisikoversicherung) erlassen werden, wobei auch die Entlassungsentschädigung entfallen muss, kann man vorwegnehmen, dass die Unternehmen mehr Personal einstellen. Gleichzeitig würden Schwarzarbeiter als zusätzliches Personal angegeben, was die Weisswaschung noch attraktiver gestalten würde. Das Problem der Arbeitslosigkeit und der Schwarzarbeit ist so schwerwiegend, dass gewiss etwas getan werden muss. Die hohe Arbeitslosigkeit ist schon jetzt untragbar; wenn sie andauert, nimmt die Zahl der Langzeitarbeitslosen zu, die das kritische soziale Problem darstellen, weil sie eventuelle Reserven aufgebraucht haben und ihre Verwandten und Freunde weniger geneigt sind, sie zu unterstützen. Ausserdem fällt es ihnen immer schwerer, sich wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern.